

Beschlussbuch

SPD-Bezirk Braunschweig

Ordentlicher Bezirksparteitag
17.07.2021 | Stadthalle Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag

L1	SPD-Bezirksvorstand	Zukunftsregion Braunschweig-Unser Plan für die 20er Jahre	1
----	---------------------	---	---

Arbeit und Wirtschaft

A1	AfA- Bezirksvorstand	Abschaffung Riester-Rente Prüfauftrag an die Deutsche Rentenversicherung	8
----	----------------------	--	---

A2	AfA- Bezirksvorstand	Politisches Ziel: Rentenniveau langfristig bei 53%	8
----	----------------------	--	---

A3	AfA- Bezirksvorstand	Staatliche Fördermittel für Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen nur mit Tarifverträgen und klarem Bekenntnis zu unserer Mitbestimmung	9
----	----------------------	---	---

Bildung

B3	AG Queer	Queere Bildung	10
----	----------	----------------	----

Feminismus/ Gleichstellung

F2	AG Queer	Aufhebung Blutspendeverbot	11
----	----------	----------------------------	----

F3	AsF Bezirksvorstand	Eine neue Elternzeit: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	12
----	---------------------	--	----

F4	AG Queer	Queer im Alter	13
----	----------	----------------	----

F6	AG Queer	Queere Rechte sind Menschenrechte	13
----	----------	-----------------------------------	----

F7	AG Queer	Queere Forschung in Niedersachsen	14
----	----------	-----------------------------------	----

F8	AG Queer	Gendergerechte Sprache	14
----	----------	------------------------	----

F10	AG Queer	Erweiterung Artikel 3GG	15
-----	----------	-------------------------	----

F11	AG Queer/ Unterbezirk Braunschweig	Änderung des Abstammungsrechts	16
-----	---------------------------------------	--------------------------------	----

U6	Juso-Bezirksvorstand	Transformation in der Automobilindustrie	17
----	----------------------	--	----

Alle weiteren Anträge werden auf dem kleinen Parteitag - Anfang 2022 behandelt!!!

Finanzen

Fi1	Juso-Bezirksvorstand	Abschaffung der SCHUFA Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft	27
Fi2	Unterbezirk Peine	Für eine gerechte Besteuerung Von Kapitaleinkünften	28
Fi3	Unterbezirk Peine	Gerechter Erben	30
Fi4	Unterbezirk Braunschweig	Steuererleichterungen für Reparaturdienstleistungen	32

Gesundheit

G1	Unterbezirk Peine	Bedarfsplanung für Psychotherapie an den tatsächlichen Bedarf anpassen	33
----	-------------------	---	----

Kommunales

K1	UB Braunschweig	Änderung niedersächsisches Kommunalwahlgesetz	36
K2	UB Braunschweig	Life in the hood“ – Maßnahmen zur Rettung der Kommunen	36

Organisation

O1	UB Salzgitter	Anpassung des Verteilungsschlüssels	41
O2	AG Queer	Paritätische Quotierung	42
O3	Unterbezirk Peine	Digitale Abstimmungspakete	43
O4	AG Queer	Papierlose Konferenzen	44

Soziales

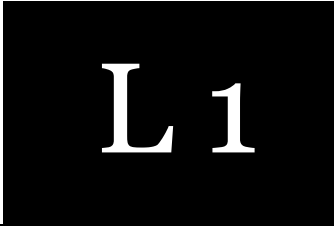
S1	AfA- Bezirksvorstand	Verlängerung der langfristigen Sozialbindung auf geförderten Wohnraum	45
S2	Unterbezirk Wolfenbüttel	Subsidiaritätsprinzip	46
S3	Juso-Bezirksvorstand	Verschwendung vorbeugen - Containern legalisieren	47

Umwelt

U1	Unterbezirk Braunschweig	Recht auf Reparaturen	48
U2	Unterbezirk Braunschweig	Kein Import von Fracking-Gas – Brückentechnologie Erdgas – Priorität für Entwicklung der Wasserstofftechnologie	48
U3	Unterbezirk Wolfenbüttel	Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) streichen	50

U4	Unterbezirk Wolfenbüttel	Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen Standortvergleich	51
U5	Unterbezirk Wolfenbüttel	Die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf allen Ebenen umsetzen	52

Beschlusstexte 2021

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	SPD-Bezirksvorstand	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Zukunftsregion Braunschweig – Unser Plan für die 20er Jahre

1 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den nächsten Jahren unsere
2 Region zur Vorzeigeregion für gute Arbeit, Digitalisierung, Klimaschutz und
3 Lebensqualität machen. Wir wollen die Fortschritte der vergangenen Jahre weiter
4 verstetigen, unsere Vernetzung stärken und unsere Region attraktiver machen für
5 Innovationen, Industrie, junge Menschen und Familien. Gemeinsam wollen wir vor Ort
6 mit AkteurInnen der Wirtschaft, Wissenschaft und der Gesellschaft ein „offenes Labor“
7 werden für die kreativsten Ideen, um lokalen Handel zu erhalten, das Zusammenleben
8 zu stärken und uns krisenfest für die Herausforderungen der nächsten Jahre zu machen.
9 Wir wollen mutig sein und weiter gestaltende Kraft in unserer Region bleiben.

10 **Gute Bildung und gute Arbeit**

11 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht das Aufstiegsversprechen an
12 erster Stelle. Wir wollen, dass jeder Mensch die gleichen Chancen hat, seine Ziele zu
13 erreichen und zu verwirklichen. Dafür braucht es gute Bildung und ein gutes Angebot an
14 Kindertagesstätten sowie gut ausgestattete Schulen. Wir wollen daher unsere
15 Kindertagesstätten weiter ausbauen, damit jedes Kind von früh an in einem sozialen
16 Netz eingebettet ist. Zudem fordern wir längere Kita-Betreuungszeiten und einen
17 höheren Personalschlüssel.

18 Für uns gilt, dass sowohl im städtischen wie ländlichen Raum die gleichen digitalen
19 Standards bestehen. Dafür brauchen wir die besten Mobilfunknetze und eine gute
20 digitale Ausstattung der Schulen, digital geschulte Lehrkräfte und für jeden Geldbeutel
21 finanzierbare Angebote, um mobile Geräte wie ein Tablet oder ein Laptop für alle
22 SchülerInnen bereitstellen zu können.

23 Wir wollen den Wissenschaftsstandort weiter stärken. Gemeinsam mit der TU
24 Braunschweig, der TU Clausthal und der Ostfalia wollen wir mehr junge Menschen in
25 unsere Region holen, um Wissenschaft und Forschung vor Ort zu stärken. Die
26 Innovationen wollen wir direkt auf die Wirtschaft übertragen, um das hohe Potential
27 aus diesem Verbund voranzubringen.

28 Für gute Arbeitsbedingungen müssen wir aktiv handeln. Wir wollen noch stärker mit
29 gesellschaftlichen AkteurInnen und den Gewerkschaften zusammenrücken, um in
30 unserer Region für gute Löhne und gute Arbeit zu kämpfen. Wir wollen unsere Region zu
31 einer Chancenregion machen, in der wir Menschen gleich ihrer Herkunft dabei die
32 Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigen. In einer Welt, in der es auf das
33 lebenslange Lernen ankommt, wollen wir dafür sorgen, dass jeder Mensch hier einen
34 guten Zugang zu Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten hat.

35 Das industrielle Herz Niedersachsens schlägt in unserer Region. Sei es Volkswagen mit
36 seinem Hauptsitz in Wolfsburg, die Salzgitter AG, MAN oder Alstom in Salzgitter sowie
37 zig kleine und mittelgroße Zulieferer zur industriellen Produktion. Aus diesem Grund ist
38 es auch Aufgabe der Politik vor Ort, dass der Strukturwandel und die Transformation der
39 Arbeitswelt, beispielsweise beim Paradigmenwechsel in der Automobilindustrie, sozial
40 abgefedert wird. Ebenso wollen wir als gestaltende politische Kraft künftige
41 Entwicklungen zur Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts mit den entsprechenden
42 Rahmenbedingungen unterstützen. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass der Wandel
43 in der Arbeitswelt sowie Klima- und Umweltschutz zusammen gedacht werden muss.
44 Nur wenn wir den Wandel sozial gestalten, nehmen wir den Menschen die Angst vor der
45 Zukunft.

46 Aber auch der Dienstleistungssektor ist stetig im Wandel. Gerade hier muss die SPD ein
47 Auge darauf haben, dass keine prekären Arbeitsplätze entstehen. Wenn sich
48 Unternehmen vor Ort ansiedeln wollen, dann muss gewährleistet sein, dass die
49 Arbeitsplätze sozialversicherungspflichtig sind, dass es ordentliche Tarifverträge gibt,
50 dass die Mitbestimmung im Unternehmen garantiert wird und vor allem auch, dass das
51 Unternehmen die Gewinne auch vor Ort versteuert. Als Beispiel sei hier eine geplante
52 Niederlassung von Amazon in Helmstedt genannt. Das kann für die Region viele neue
53 Arbeitsplätze bedeuten. Für uns ist allerdings auch klar: diese Jobs müssen ordentlich
54 bezahlt werden. Mitbestimmung muss ermöglicht werden und der Standort zahlt in die
55 kommunalen Haushalte Gewerbesteuer ein, die sich nach dem Umsatz vor Ort richtet
56 und nicht mit anderen Standorten weltweit verrechnet wird.

57 **Eine durch und durch vernetzte Region**

58 Wir wollen zur Vorzeigeregion für gelebte Mobilität werden. Dazu wollen wir unsere
59 Orte besser miteinander vernetzen, den Zug- und ÖPNV-Verkehr ausbauen sowie das
60 Angebot und den Einsatz von Pedelecs erweitern. Gemeinsam mit innovativen Ideen
61 und Unternehmen wollen wir an neuen Mobilitätskonzepten arbeiten und Mobilität in
62 unserer Region kostengünstig für alle gestalten – dies muss unser Anspruch und Antrieb
63 sein. Mit dem Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) haben wir bereits für alle
64 SchülerInnen, Azubis und junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) die
65 monatliche Karte auf 30 Euro gesenkt, um die Attraktivität zu erhöhen. Aber auch im
66 Individualverkehr müssen wir die Mobilitätswende mit der steigenden Zahl an E-Autos

67 begleiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns deshalb für eine
68 bessere Verfügbarkeit von E-Ladesäulen sowie einen einheitlichen Standard bei
69 Bedienung und Bezahlung ein. Mit dem Wasserstoffcluster in Salzgitter haben wir die
70 Chance unsere Region als Vorzeigeregion zu entwickeln. Wasserstoffmobilität im
71 Schienenverkehr mit flächendeckenden Tankstellen ist die Zukunft und wir haben die
72 Technologie in der Region, die wir stärken wollen.

73 Beim Radverkehr setzen wir uns weiterhin intensiv für ein breites Radwegenetz ein. Für
74 eine echte Mobilitätswende, in der das Fahrrad einen besonderen Stellenwert erfahren
75 muss, fordern wir dringend den Bau von Radschnellstraßen.

76 Mit der 5G-Modellregion gehen wir pionierhaft voran. Wir wollen in den nächsten
77 Jahren für jeden Haushalt in unserer Region einen Gigabit-Anschluss ermöglichen. Wir
78 wollen das beste Netz in ganz Deutschland für die Menschen, den Mittelstand, die
79 Industrie und Wirtschaft wie Volkswagen, Salzgitter AG, Jägermeister oder die vielen
80 anderen Unternehmen, die hier für gute Arbeit sorgen. Wir brauchen den Gigabit-
81 Anschluss für die Universitäten und für die Forschung ebenso für unser
82 Gesundheitssystem, damit unsere Krankenhäuser und Gesundheitszentren
83 zukunftsfest aufgestellt sind. Dass unsere Schulen genauso vom besten Netz profitieren,
84 zählt für uns ganz klar zum Versprechen der guten Bildung für alle.

85 In Zeiten, in denen große Konzerne wie Amazon den lokalen Bücherladen und den
86 regionalen Einzelhandel bedrohen, wollen wir unseren lokalen Handel stärken. Wir
87 wollen dazu die Chancen der Digitalisierung nutzen und per App ein Netzwerk
88 ermöglichen, in welchem sich die kleinen Läden austauschen, schnelle Lieferungen
89 organisieren und so gegenüber den digitalen Monopolen konkurrenzfähig bleiben
90 können. Grundsätzlich wollen wir unsere Innenstädte so attraktiv gestalten, dass die
91 Menschen den Handel vor Ort aufsuchen. Wir wollen die regionale
92 Lebensmittelversorgung stärken als auch regionale Produkte fördern.

93 Wir setzen uns in unserer Region weiterhin dafür ein, die interkommunale
94 Zusammenarbeit zu stärken, wie es unser Plan mit der Ansiedlung des Gewerbegebietes
95 am Autobahnkreuz Königslutter als gemeinsames Projekt der Kommunen Wolfsburg,
96 Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt ist. Im Verlauf der Machbarkeitsstudie
97 müssen die Aspekte des Umweltschutzes und der Akzeptanz stärker in den Vordergrund
98 gerückt werden.

99 **Hohe Lebensqualität sichern – Auf dem Land, in der Stadt**

100 Wohnen muss bezahlbar sein. Daher wollen wir das Jahrzehnt dafür nutzen, den
101 (sozialen) Wohnungsbau in unserer Region weiter zu forcieren. Egal ob in unseren
102 Großstädten mit der NEULAND in Wolfsburg oder in unseren ländlicheren Bereichen: wir
103 streben eine hohe Lebensqualität für jeden Geldbeutel an. Daher unterstützen wir einen
104 bundesweiten Mietendeckel, damit Wohnungen in unserer Region nicht zu

105 Spekulationsobjekten verkommen. Dazu gehört neben einer guten verkehrstechnischen
106 Anbindung auch eine gute soziale Durchmischung der Quartiere sowie die nahe
107 Verfügbarkeit von Lebensmittelgeschäften, sozialen Treffpunkten, aber auch
108 Naherholungsgebiete und attraktiven Freizeitangeboten für Jung und Alt; barrierefrei –
109 so wie das die Braunschweiger SPD in ihrem Klimaschutzpapier fordert.

110 Wir wollen zu einer Modellregion für gutes Wohnen und Wohnungsbau werden und
111 dabei verstärkt mit kommunalen Trägern ausreichend Wohnraum für alle schaffen.
112 Größere Baugebiete müssen Eigenheimbebauung, sozialen Wohnungsbau und
113 Mehrgenerationenhäuser berücksichtigen. Zudem muss auch Gewerbe mitgedacht
114 werden, um Nahversorgung und Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

115 Wir erkennen die Kundenanforderungen und damit einhergehenden baulichen
116 Entwicklungen im Lebensmitteleinzelhandel insbesondere im ländlichen Raum an.
117 Daher setzen wir uns für eine Anhebung der Maximalgröße von Einkaufsmärkten auch
118 in kleineren Ortschaften auf 1000m² im Raumordnungsprogramm ein.

119 Unsere Innenstädte wollen wir mit neuem Leben füllen. Neben einer Stärkung des
120 Einzelhandels wollen wir auch Kultur— und Gastronomieangebote stärken, damit
121 belebte Plätze am Tag auch noch am Abend zum sozialen Treffpunkt für die Menschen
122 werden. Wir sind überzeugt: dort, wo sich Menschen treffen, um gemeinsam eine gute
123 Zeit zu verbringen, dort wird unsere Gesellschaft zusammenhalten.

124 Unsere Region soll zur Erlebnisregion werden. Mit einer Tourismuskarte wollen wir die
125 Menschen dazu motivieren, die vielen unterschiedlichen gastronomischen Angebote
126 sowie die Kulturangebote unserer Region zu erleben – sei es das Staatstheater in
127 Braunschweig, ein Tagesausflug nach Wolfenbüttel oder Goslar, der ehemalige
128 Grenzübergang in Helmstedt oder die Autostadt in Wolfsburg. Durch gezielte Anreise
129 und Vernetzungen müssen wir die durch die Pandemie geschwächte Kulturbranche, den
130 Tourismus und die Gastronomie stärken. Wie wollen unsere landschaftlichen
131 Naherholungsgebiete in den Vordergrund rücken. Rad- und Wandertourismus hat sich
132 zu Zeiten von Corona etabliert, wir wollen das Angebot stärken.

133 Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird bei uns überwiegend in Vereinen gelebt. Wir
134 wollen unsere Vereine in ihrer Durchführung unterstützen. Dabei geht es um finanzielle
135 Unterstützung der Vereine. Vom Gesangsverein, Kulturverein bis hin zu unseren vielen
136 Sportvereinen wollen wir die ehrenamtliche Arbeit unterstützen und die
137 Rahmenbedingungen verbessern, damit das vielfältige Vereinsangebot erhalten bleibt.
138 Auch Vereine sollen digitale Angebote anbieten können und ihre Mitglieder dabei
139 jederzeit erreichen. Wir wollen jedoch das analoge Vereinsangebot stärken und fordern
140 dazu moderne und vielseitig nutzbare Vereinsstätten.

141 Zu einer hohen Lebensqualität gehört aber auch, dass wir ein gut funktionierendes
142 Gesundheitssystem haben. Wir wollen daher unsere kommunalen Kliniken weiterhin

143 stärken und zukunftsorientiert aufstellen. Der demografischen Entwicklung zum Trotz
144 muss gute Pflege mit guten Arbeitsbedingungen in unserer Region gewährleistet sein.

145 Privatisierung von Krankenhäusern ist mit uns nicht zu machen. Am Beispiel des
146 Klinikums Peine hat sich gezeigt, dass eine Rekommunalisierung eines Klinikums
147 möglich ist. Für uns steht eine verlässliche Gesundheitsversorgung im Vordergrund,
148 deshalb setzen wir uns für die Rekommunalisierung von Krankenhäusern und den Erhalt
149 von kommunalen Krankenhäusern ein. Mit dieser Überzeugung wollen wir diskutieren,
150 ob wir auch andere private Kliniken wie die Helios Klinik in Gifhorn in kommunale
151 Trägerschaft überführen. Egal, ob man in Braunschweigs Innenstadt lebt oder auf dem
152 Peiner oder Helmstedter Land, die Versorgung durch HausärztInnen, sowie
153 FachärztInnen und Pflegefachkräfte muss immer gut gewährleistet sein. Die
154 Nachwuchsgewinnung von ÄrztInnen in unserer Region hat für uns hohe Priorität - wir
155 wollen daher aktiv werden und attraktive Angebote für die Niederlassung von ÄrztInnen
156 bei uns schaffen.

157 Unsere Rettungskräfte, die Feuerwehren und Polizei sollen bestmöglich ausgestattet
158 sein. Dies fängt schon bei der persönlichen Ausrüstung an und endet bei der technischen
159 Ausstattung, wie Einsatzfahrzeugen. Förderungen wie die 210.000 Euro für die
160 Anschaffung neuer Feuerwehrfahrzeug in Wolfenbüttel wollen wir zum Anlass nehmen,
161 weiter darauf zu drängen, dass unsere Einsatzkräfte mit modernsten Fahrzeugen und
162 Geräten ausgestattet werden.

163 Die Sicherheit muss für unsere Bürgerinnen und Bürger sichtbarer werden. Gerade im
164 ländlichen Raum nimmt das subjektive Sicherheitsgefühl zu. Deshalb müssen auch auf
165 dem Land die Polizeistationen ausreichend besetzt sein, im Idealfall 24 Stunden an
166 sieben Tagen in der Woche.

167 **Das Innovationslabor in Mitten Europas**

168 Dank unserer zentralen Lage in Deutschland und im Herzen Europas wollen wir zum
169 Innovationslabor werden. Wir wollen junge Menschen, ihre Ideen und ihre Start-Ups
170 vernetzen. Dabei wollen wir gemeinsam mit der Industrie, der Wirtschaft sowie unseren
171 Hochschulen wie den Technischen Universitäten und der Ostfalia Innovationen fördern
172 und in Bereichen der Mobilität, des Klimaschutzes oder Digitalisierung Vorreiter werden
173 und die Ideen wettbewerbsfähig machen. Mobilitätsdienstleistungen wie MOIA von
174 Volkswagen sollten auch in unseren Städten erprobt werden; Leihstationen für Pedelecs
175 entwickeln soll auch Ziel unserer Politik für den Mobilitätswandel werden. Dank unserer
176 5G-Modellregion bieten wir optimale Bedingungen, um attraktiv für neue und frische
177 Ideen und Unternehmen zu sein. In den nächsten Jahren wollen wir unseren Status als
178 Innovationslabor auf- und ausbauen.

179 Wir sind stolz auf unsere Forschungen in der Region sowie die vielen jungen innovativen
180 Unternehmen wie YUMAB und CORAT Therapeutics, die in der derzeitigen Pandemie für

181 Herausragendes sorgen. Hier sind Kommunen sowie Bund, Land und Europa dazu
182 aufgefordert, ausreichend Forschungsgelder und manchmal auch Risikokapital zur
183 Verfügung zu stellen, um innovative oder dringend notwendige Projekte
184 voranzutreiben.

185 Junge Menschen sollen den Mut entwickeln, die Entwicklung und Ideen anderer Länder
186 kennenzulernen. Deshalb halten wir an dem europäischen Gedanken fest und fordern
187 unsere Schulen und die Betriebe auf, den Auslandsaustausch zu nutzen. Erasmus-
188 Programme und Schüleraustausche wollen wir intensiv bewerben.

189 **Klimaneutral bis 2045**

190 Nicht nur die Industrie und Wirtschaft, sondern auch jede/r Einzelne von uns kann einen
191 Beitrag dazu leisten, um das Klima zu schonen. Wir schließen uns dem Ziel an, bis 2045
192 klimaneutral zu werden. Auch dafür brauchen wir kreative Ideen, kluge Köpfe und einen
193 Schulterschluss vieler gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher AkteurInnen.
194 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest, dass wir dabei den
195 Klimaschutz immer zusammen mit den Menschen und nicht gegen sie gestalten
196 müssen. Das bedeutet, dass wir uns in der Region für ein breites Anreizsystem stark
197 machen, um Klimaschutz für mehr Menschen attraktiver zu machen. Ein weiter
198 ausgebauter und kostengünstiger ÖPNV sowie Radschnellwegen gehört ebenso dazu
199 wie die Förderungen von Solardächern oder Stromboxen für das Elektroauto.
200 Dienstfahrräder sollen allen ArbeitnehmerInnen zur Verfügung stehen, wenn diese es
201 wollen. Wir wollen dabei mit dem Klimaschutz einhergehend Arbeitsplätze sichern und
202 auch neue bei uns entstehen lassen. Mit der Batteriefertigungsfabrik in Salzgitter
203 entstehen beispielsweise neue zukunftssträchtige Jobs. Auch auf die E-Offensive von
204 Volkswagen schauen wir optimistisch.

205 Wir wollen Wasserstoffregion werden. Von Helmstedt, Salzgitter bis Mehrum werden
206 wir uns dafür einsetzen, dass die Region Braunschweig mit dem Forschungszentrum und
207 Ideengeber in Clausthal-Zellerfeld das Zentrum für Wasserstofftechnologie wird. Diese
208 Jahrhundertaufgabe betrachten wir als große Chance, um unsere Region noch
209 lebenswerter zu machen.

210 Für den Umweltschutz müssen nachhaltige Maßnahmen wie die Wiedervernässung von
211 Mooren im Landkreis Wolfenbüttel durchgesetzt werden. Außerdem setzen wir uns für
212 die Umsetzung des „Niedersächsischen Weg“ ein. Zum Schutz von Umwelt und Natur,
213 ist ein Miteinander nicht Gegeneinander wichtig: Landwirtschaft, Verbände und Politik
214 müssen im Gleichklang arbeiten. Für diesen Dialog wollen wir noch stärker eintreten.

215 Die klimafreundliche Fertigung von Stahl mit dem Projekt „Windwasserstoff Salzgitter“
216 begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich und wollen uns auch gemeinsam in
217 anderen Branchen stark machen für CO₂-neutralere Produktionen. Dabei gilt für uns
218 auch weiterhin: Industrie-, Klima- und Sozialpolitik müssen zusammen gedacht werden!
219 In diesem Zusammenhang obliegt es auch unserer Verantwortung, dass die 90 Millionen

220 Euro Förderung, die der Landkreis Helmstedt als ehemaliges Braunkohlerevier vom Bund
221 bekommt, für die Menschen und die Infrastruktur investiert werden, mit dem Ziel, einen
222 nachhaltigen Nutzen zu entwickeln.

Mehr Demokratie und Gleichstellung forcieren

223 In Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus und rechtsextremen Anschlägen wollen
224 wir mehr Menschen an politischen Prozessen beteiligen und Vereine und
225 zivilgesellschaftliches Engagement stärker unterstützen. Wir setzen uns ein für eine
226 stärkere Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den
227 Sozialverbänden und den weiteren sozialen Initiativen und Einrichtungen.

228 Der demografische Wandel macht auch vor unseren Vereinen nicht Halt. Daher wollen
229 wir unsere Vereine und die Vereinskultur wieder stärken, eine verlässliche Finanzierung
230 gewährleisten und das Ehrenamt im Ganzen stärken. Wir wollen uns entschlossen gegen
231 jede Form der Diskriminierung einsetzen und dafür sorgen, dass Menschen in der
232 gesamten Region Hilfs- und Beratungsangebote aufsuchen und wahrnehmen können.

233 Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Niedersachsen weitere Modellprojekte zur
234 Umsetzung der so genannten Istanbul Konvention durchführt und damit sein
235 Engagement zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verstärkt. Die Istanbul
236 Konvention gibt uns die Chance, gemeinsam vorzugehen, um Diskriminierung und
237 Gewalt gegen Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen abzuschaffen.
238 Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Wir streben an, diese
239 Modellprojekte in jedem unserer Unterbezirke zu etablieren. Die Städte Braunschweig
240 und Salzgitter sind hier schon Vorreiter.

Aufbruch in eine Zeit nach Corona

241 Wir wollen gemeinsam mutig sein und in schwierigen Zeiten mit viel Zuversicht und
242 dem Willen, das Leben der Menschen besser zu machen, in die 20er Jahre hineingehen.
243 In den nächsten zehn Jahren wollen wir die Errungenschaften der vergangenen Jahre
244 gemeinsam weiterführen und unsere Region zu einer sozialen, attraktiven, vernetzten,
245 klimafreundlichen und konkurrenzfähigen Vorzeigeregion entwickeln. In Zeiten des
246 Wandels kommt es ganz auf uns an, einen kühlen Kopf zu bewahren. Mit diesem
247 Leitantrag wollen wir den Grundstein für eine erfolgreiche Region Braunschweig legen,
248 um auch in Zukunft den Menschen ein hohes Maß an Lebensqualität und Zufriedenheit
249 garantieren zu können. Gemeinsam wagen wir den Aufbruch in eine Zeit nach Corona!
250

A 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AfA-Bezirksvorstand	SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand SPD-Bundesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Abschaffung Riester-Rente – Prüfauftrag an die Deutsche Rentenversicherung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag
- 2 sollen sich dafür einsetzen, dass die bisherige Form der Riester-Rente nicht mehr
- 3 weitergeführt wird. Bestehende Verträge sollten jedoch einen Bestandsschutz erhalten.

- 4 Als Ersatz sollte geprüft werden, ob zukünftig die Deutsche Rentenversicherung neben
- 5 der bisherigen gesetzlichen Grundversicherung in der Rentenversicherung ein
- 6 zusätzliches Modell einer Rentenversicherung mit staatlicher Förderung anbieten kann.
- 7 Die gesetzliche Rente darf dadurch in keinsten Weise geschmälert werden.

A 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AfA-Bezirksvorstand	SPD-Bundestagsfraktion SPD-Parteivorstand SPD-Bundesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Politisches Ziel: Rentenniveau langfristig bei 53%

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag
- 2 sollen sich dafür einsetzen, dass das gesetzliche Rentenniveau langfristig wieder eine
- 3 Höhe von 53% erreicht.

A 3

AntragsstellerIn:

AfA-Bezirksvorstand

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Staatliche Förderung für Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen nur mit Tarifverträgen und klarem Bekenntnis zu unserer Mitbestimmung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag
- 2 sollen sich dafür einsetzen, dass zukünftig bei Gewährung von Investitionen an
- 3 Unternehmen ab mindestens 500 Beschäftigten nur noch dann die Gelder bezahlt
- 4 werden, wenn in diesen Unternehmen Tarifverträge gelten und seitens des Betriebes ein
- 5 klares Bekenntnis zur Mitbestimmung gilt, oder im Idealfall ein gewählter Betriebsrat
- 6 existiert.

B1

AntragsstellerIn:

Weiterleitung an:

Juso-Bezirksvorstand

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____


Unser Leben in Zeiten von Corona - wie Studierende um Ihre Existenz gebracht werden

1 Wir fordern

- 2 • Die Öffnung des BAFÖG für alle Studierende für die Dauer der Pandemie.
- 3 • Eine Zusatzleistung in Höhe von 400 Euro für alle Studierende zur Deckung von
- 4 höheren Internetkosten, Anschaffung von zusätzlicher technischer Ausrüstung, wie
- 5 bspw. Hardware für Videokonferenzen etc.
- 6 • Rückerstattung der Kosten für das Semesterticket, welches bezahlt werden musste,
- 7 obwohl viele Studierende dies nicht nutzen konnten bzw. pandemiebedingt wollten
- 8 • Zur Verfügung Stellung von benötigten Lizenzen für Rechner der Studierenden
- 9 (bspw. per VPN)
- 10 • das Niedersächsische Ministerium für Bildung und das für Gesundheit und Soziales
- 11 auf, diese Regelung sofort rückwirkend zu ändern und alle studentischen Hilfskräfte,
- 12 egal aus welchem Topf sie bezahlt werden, weiterzubezahlen und auslaufende
- 13 Verträge dabei nicht zu berücksichtigen, d.h. das durchschnittliche Monatsgehalt
- 14 wird weiter ausgezahlt. Des Weiteren müssen auf Bundesebene die Sozialsysteme
- 15 auch für Studierende geöffnet werden, um alle anderen aufzufangen und
- 16 auflagenlos Arbeitslosengeld auszuzahlen und die Mieten zu übernehmen.
- 17 Ansonsten wird die Armutsrate unter Studierenden rasant steigen.
- 18 • Auch die Verträge wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen müssen formlos verlängert
- 19 werden. Das Wissenschaftsbefristungsgesetz muss die Fristen, um den Ausfall der
- 20 Corona Zeit verlängern, um Promovierenden genug Zeit zur Fertigstellung ihrer
- 21 Dissertation zu geben. Auch Promotionsstudierende können in dieser Zeit nicht oder
- 22 nur eingeschränkt arbeiten. Des Weiteren kommt auf sie eine immense
- 23 Mehrbelastung, aufgrund der Umstellung auf digitale Lehre zu. Auch dieser
- 24 Zusatzaufwand muss berücksichtigt werden.
- 25 • Des Weiteren müssen die Beiträge zur Pflege- und Krankversicherung, die
- 26 Studierende über 25 bezahlen müssen, mindestens für diese Zeit ausgesetzt werden,
- 27 ohne, dass der Versicherungsschutz erlischt.
- 28 • Gleiches muss auch für die Zahlung von Langzeitstudiengebühren gelten.
- 29 • Wissenschaft wird in Zukunft, wie auch während der Pandemie zu erkennen war,
- 30 eine immer höhere Verantwortung tragen. Die SPD-Landtagsfraktion wird somit
- 31 beauftragt im Haushalt für 2022 eine langfristige und verlässliche Steigerung der
- 32 Basismittel für alle Forschungsbereiche einzuplanen
- 33 • Die Pandemie darf keine Ausrede dafür sein die Ausgaben für Hochschullehre zu
- 34 kürzen. Im Gegenteil muss sich in Zukunft zeigen, dass hochwertige digitale

35 Angebote eine gute Ergänzung für Präsenzlehrbetrieb sein können. Dies ist
36 dementsprechend nicht mit weniger, sondern mit mehr Lehraufwand verbunden.
37 Wir fordern daher, pro Lehrstuhl/Institut mind. eine zusätzliche Vollzeitstelle für
38 digitale Lehre.

1
1

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG-Queer	SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Aufhebung Blutspendeverbot

1 Im Gesetz zur Regelung des Transfusionswesens (kurz TFG – Transfusionsgesetz) §12 ff
2 Verordnungsermächtigung wird der Bundesärztekammer die Verantwortung
3 übertragen Richtlinien zu erstellen, in denen unter anderem die Auswahl und
4 Untersuchung der spendenden Personen festgelegt wird.

5 Seit der Neufassung dieser Richtlinie „Richtlinie zur Gewinnung von Blut und
6 Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Richtlinie Hämotherapie)“ in
7 2017, die die BÄK zusammen mit dem Paul-Ehrlich-Institut verabschiedet, gilt lt. Absatz
8 2.2.4.3.2.2 Exposition mit dem Risiko, eine übertragbare Infektion zu erwerben das
9 Folgende:

10 Zeitlich begrenzt von der Spende zurückzustellen sind Personen
11 • deren Sexualverhalten ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes
12 Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten, wie
13 HBV, HCV oder HIV, birgt, für 12 Monate:

14 (1) heterosexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten, z. B. Geschlechtsverkehr mit
15 häufig wechselnden Partnern,
16 (2) Personen, die Sexualverkehr gegen Geld oder andere Leistungen (z. B. Drogen)
17 anbieten (männliche und weibliche Sexarbeiter),
18 (3) Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM),
19 (4) transsexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten

20 Wir fordern die Streichung der Punkte (1) – (4) im Absatz 2.2.4.3.2.2 der Richtlinie
21 Hämotherapie, sodass die Auswahl der zurückzustellenden, spendenden Personen
22 unabhängig von deren sexueller und geschlechtlicher Identität erfolgt

The logo consists of the letters 'F3' in a white, bold, sans-serif font, centered on a solid black square background.

AntragsstellerIn:

Weiterleitung an:

Juso-Bezirksvorstand

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Eine neue Elternzeit: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

23 Wie ein neues Elternzeitmodell aussehen kann

24 Wir fordern

- 25 - Ein flexibles paritätisches Elternzeitmodell mit vollem Lohnausgleich.
- 26 - Elterngeld wird für mind. 6 Monate gezahlt. Nur wenn jedes Elternteil
- 27 gleichberechtigt die Elternzeit in Anspruch nimmt, kann die max. Elternzeit von
- 28 18. Monaten ausgeschöpft werden. Alleinerziehende müssen bis zu 18. Monate
- 29 Elterngeld ausgezahlt bekommen. Für Mehrlinge müssen entsprechende
- 30 zusätzliche Monate zur Verfügung stehen.
- 31 - Der Lohnausgleich muss 100% des Einkommens des jeweiligen Elternteils
- 32 entsprechen, sodass keine finanziellen Einbußen durch die Erziehung eines
- 33 Kindes entstehen.
- 34 - Bezugsberechtigt müssen alle in Deutschland lebenden Personen sein,
- 35 unabhängig von der Art des vor der Geburt bezogenen regelmäßigen
- 36 Einkommens und der Größe des Betriebes in dem ggf. gearbeitet wurde. So
- 37 müssen beispielsweise auch EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld oder Renten
- 38 Elterngeld beziehen dürfen.
- 39 - Die Entnahme der Elternzeittage muss flexibel bis zum 8. Lebensjahr und die
- 40 Entnahme von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ oder ganzen Tagen auch kurzfristig möglich sein. Dabei
- 41 gehen wir von der Regelarbeitszeit aus. Diese beträgt 8 Stunden / Tag.
- 42 - Ein Rückkehrrecht auf eine gleichwertige Arbeitsstelle nach der Entnahme der
- 43 Elternzeiten muss während des gesamten Entnahmezeitraums gewährleistet
- 44 werden.
- 45 - Es dürfen keine Einschränkungen durch vorherige Elternzeiten entstehen. Für
- 46 jedes Kind muss dieselbe Elternzeit zur Verfügung stehen.
- 47 - Für Adoptivkinder muss das Modell analog gelten.

F4	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Queer im Alter

- 1 Wir fordern einen Aktionsplan mitsamt gesteckten Zielen zur strukturierten und
 2 geplanten Unterstützung von LSBTIQ+ Personen im Alter. Dieser Aktionsplan sollte insb.
 3 die Bildung des Pflegepersonals, Einrichtung von Betreuungs- und Beschwerdestellen
 4 sowie die Förderung von Projekten thematisieren.
- 5 Bildung und Sensibilisierung des Personals in Pflegeeinrichtungen
- 6 Wir wenden uns an das Bundesgesundheitsministerium, das
 7 Bundesfamilienministerium und an das das Bundesinstitut für Berufsbildung mit der
 8 Forderung, den Umgang mit verschiedenen Diversity Dimensionen, insb. LSBTIQ+
 9 Diversität, mit einem intersektionalen Ansatz, in den (Rahmen-)Lehrplänen für
 10 angehende Pflegefachkräfte zu verankern.

F6	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Queere Rechte sind Menschenrechte

- 11 Forderungen:
- 12 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass die SPD Niedersachsen auf der Grundlage
 13 ihrer sozialdemokratischen Grundwerte verstärkt für die Rechte von LSBTI*-Menschen
 14 eintritt, die Community unterstützt und diese Unterstützung gegenüber dem
 15 Koalitionspartner durchsetzt.
- 16 Der SPD Bezirksparteitag möge beschließen, dass sich die SPD Niedersachsen für eine
 17 sinnvolle, bedarfsorientierte und nachhaltige Finanzierung queerer Projekte einsetzt
 18 oder sich um alternative Finanzierung bemüht.

F7	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Queere Forschung Niedersachsen

- 1 Queere Forschung ist aktuell unterrepräsentiert. Das niedersächsische Ministerium für
- 2 Soziales, Gesundheit und Gleichstellung stellt der queeren Community jährlich ein
- 3 Budget: „Maßnahmen zur Akzeptanz von lesbischen Frauen, schwulen Männern,
- 4 Bisexuellen, Transgender, trans- und intergeschlechtliche Menschen“ zur Verfügung.
- 5 Dieses Budget wird vom QNN verwaltet und an queere Zentren, queere Vereine, die
- 6 unter anderem Bildungsarbeit leisten und Schutzräume bieten, verteilt. Weiter werden
- 7 aus diesem Budget auch Forschungsprojekte zu queeren Themen unterstützt.
- 8 Das Budget für queere Forschung sollte nicht abhängig sein von den jährlichen
- 9 Zuwendungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, sondern
- 10 separat finanziert sein. Damit ist gemeint, dass für queere Forschungsprojekte ein
- 11 eigenes Budget bereitgestellt wird, sodass queere Vereins- und Bildungsarbeit nicht
- 12 gegen queere Forschung aufgewogen wird.


F8	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Gendergerechte Sprache

- 1 Gendergerechte Sprache ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter
- 2 und deren Sichtbarkeit in der Gesellschaft. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft und in
- 3 unserer Partei, insbesondere in unserer Arbeitsgemeinschaft Queer, sollte sich in unserer
- 4 Sprache widerspiegeln.
- 5 Sämtliche Dokumente, wie zum Beispiel: Anträge, Wahlprogramme, Schreiben und
- 6 Einladungen an Parteimitglieder sowie Texte in öffentlichen Statements, wie bspw.:
- 7 Pressemitteilungen, Social Media Posts, Website-Einträge etc. sollen genderneutral oder
- 8 gendergerecht geschrieben werden.

9 Da eine genderneutrale Sprache nicht immer möglich ist, ist sonst der sogenannte
10 Gender-Doppelpunkt zu nutzen. Der Doppelpunkt ist inklusiver, da er von
11 Sprachausgabe-Programmen für Menschen mit Sehbehinderung oder Blinde durch eine
12 kurze Sprechpause ausgegeben wird.

13 Beispiel:
14 (neutrale und genderechte Form)
15 Wählende oder Wähler:innen
16 Studierende oder Student:innen
17 Arbeitende oder Arbeiter:innen

	AntragsstellerIn: AG Queer	Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Erweiterung Artikel 3 GG

1 Forderung:
2 Wir setzen uns für eine verfassungsrechtliche Absicherung für LSBTIQ+-Menschen im
3 Grundgesetz ein und fordern die Erweiterung des Artikel 3 Absatz (3) im Grundgesetz
4 um „seiner sexuellen Identität“.

5 Es soll heißen:
6 „(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Identität, seiner
7 Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner
8 religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
9 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“



AntragsstellerIn:

UB Braunschweig
AG Queer Bezirk

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Änderung des Abstammungsrechts

1 Dieser Paragraph soll folgende Fassung erhalten

2 § 1591 Elternschaft

3 Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat. Die Person bestimmt die
4 für sie geltende familienrechtliche Zuordnung „Mutter“, „Vater“ oder „Elternteil“ nach
5 freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, wird die Person als „Elternteil“ bezeichnet.

6 Weitere Elternteile eines Kindes sind die Personen

7 a) die zum Zeitpunkt der Geburt mit dem ersten Elternteil des Kindes verheiratet sind,

8 b) die die Elternschaft anerkannt haben oder

9 c) deren Elternschaft [...] gerichtlich festgestellt ist. Die Personen bestimmen die für sie
10 geltenden familienrechtlichen Zuordnungen „Mutter“, „Vater“ oder „Elternteil“ nach
11 freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, werden die Personen als „Elternteil“ bezeichnet.

12 Ein Kind kann nicht mehr als drei weitere Elternteile haben.

13 Ändert sich das Geschlecht im personenstandsrechtlichen Sinne bei einer Person, so ändert
14 sich auf Antrag nachträglich auch die familienrechtliche Zuordnung nach den Absätzen 1
15 und 2. Des Weiteren sind die folgenden Paragraphen und die § 1626 bis § 1698b BGB, welche
16 die elterliche Sorge regeln, auf diese neue Regelung anzupassen und so zu fassen, dass sie
17 dem neuen Charakter der Elternschaft bestmöglich dienen.

U6

AntragsstellerIn:

Juso- Bezirksvorstand

Weiterleitung an:

Bundesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Transformation in der Automobilindustrie

1 Der Klimawandel zeigt global seine Auswirkungen. Jedes Jahr gibt es neue Nachrichten
2 von länger werdenden Dürreperioden, Hitzerekorden, Waldbränden, Wasserknappheit
3 und anderer Naturkatastrophen. Die Zeit zu handeln ist jetzt! 2018 hat der
4 Verkehrssektor fast ein Fünftel aller Emissionen von Treibhausgasen in Deutschland
5 ausgemacht. Dennoch bedarf die Automobilindustrie Hunderttausenden direkt
6 Beschäftigten und Millionen indirekt Abhängigen in Deutschland besonderer
7 Aufmerksamkeit.

8 Wir wissen: die Transformation der Automobilindustrie ist unumgänglich und bereits
9 in vollem Gange. Nicht erst seit Fridays for Future treten immer neue AkteurInnen auf,
10 die erkannt haben, dass es Zeit für eine nachhaltigere Lebensweise wird und die mit
11 neuen Produkten und Produktionsweisen zum Umweltschutz beitragen wollen. Das
12 bedeutet jedoch noch nicht, dass diese ökologische Transformation auch gleichzeitig
13 eine soziale ist. Vielmehr liegt es auch an uns und unserer Partei dafür zu sorgen, dass
14 dem so ist.

15 Die Mobilität der Zukunft

16 Für die Zukunft der Mobilität fordern wir:

17 Senkung von Treibhausgasen

18 Bei der Verbrennung von fossilen Kraftstoffen entsteht unweigerlich Kohlenstoffdioxid
19 sowie weitere Nebenprodukte wie bspw. NOx, PM, PN, unverbrannte
20 Kohlenwasserstoffe, Methan, Kohlenmonoxid, etc. Die Senkung der CO2-Emissionen
21 im Verkehrssektor sind von der EU über die sogenannten Flottengrenzwerte geregelt.
22 Das bedeutet, dass durchschnittliche CO2-Emissionen von neu zugelassenen
23 Fahrzeugen eines Herstellers die gesetzlich festgelegten Grenzwerte nicht
24 überschreiten dürfen. In Europa beträgt der Flottengrenzwert für PKW und leichte
25 Nutzfahrzeuge 95g/gefahrenen Kilometer. Der Grenzwert für CO2-Emissionen hängt
26 unmittelbar mit dem Kraftstoffverbrauch zusammen, sodass hier ein wirkungsvoller
27 Hebel zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs und damit Emissionen anliegt. Das
28 bedeutet aber auch, dass bei der Verbrennung von Benzin oder Diesel hinsichtlich
29 Reduzierung von CO2-Emissionen (zB Brennverfahren) eine Grenze gesetzt ist, die CO2-
30 Emissionen werden niemals 0g/gefahrenen Kilometer sein. Um Kraftstoffverbräuche

31 zu senken, sprechen wir uns für Tempolimits auf Autobahnen (maximal 130km/h) die
32 Ausweitung von 30er-Zonen in den Städten aus.

33 Technologieoffenheit

34 Unser Ziel ist es Mobilität technologieoffen und so emissionsarm wie nur möglich zu
35 gestalten. Um das zu erreichen ist der erste große Schritt das Sektordenken aufzugeben
36 und die Energiewende voranzutreiben. Regenerative Energiequellen wie Windkraft und
37 Solarenergie liefern grünen Strom (Senkung Treibhausgase im Energiesektor), aus dem
38 bspw. mittels Elektrolyse grüner Wasserstoff hergestellt werden kann, oder PowerToX-
39 Kraftstoffe hergestellt oder mit dem E-Fahrzeuge angetrieben werden können. Grüner
40 Wasserstoff kann Energieträger für das klassische Wasserstoffauto sein (Umkehren der
41 Elektrolyse und Erzeugung von Strom, der den Elektromotor eines Autos antreibt) oder
42 Kraftstoff für einen Wasserstoff-Verbrenner (Nutzung der Verbrennungsmotor-
43 Technologie, wie Aggregat und Abgasnachbehandlung).

44 Übergang von fossilen zu regenerativen Energieträgern

45 Wir befürworten eine kontinuierliche Absenkung der Flottengrenzwerte um einen
46 fließenden Übergang zwischen fossilen und regenerativen Energieträgern zu
47 ermöglichen.

48 Bis zum Erreichen der Energiewende empfehlen wir eine Übergangszeit und neben
49 weitreichender Investitionen in die E-Mobilität ein Fördern von emissionsärmeren
50 Antriebskonzepten, wie für viele Nutzfahrzeuge ist, nach aktuellem Stand, keine
51 alltagstaugliche Technologie zum emissionsfreien Betreiben vorhanden. Solange dies
52 der Fall ist sind hier dementsprechend emissionsärmere Technologien, wie CNG
53 (compressed natural Gas), Hybride Antriebsformen oder der Einsatz alternativer
54 Kraftstoffe aus Reststoffen zu fördern. Für diese Technologien müssen europaweit die
55 benötigten Rahmenbedingungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir ein
56 schrittweises Absenken der Diesel Subventionen und ein Umlenken dieser Mittel in die
57 Forschung emissionsfreier Antriebskonzepte, wie bspw. der E-Mobilität oder der
58 effizienten Synthetisierung von Wasserstoff.

59 Investition in Forschung

60 Es muss beispielsweise sichergestellt werden, dass auch die Batterieherstellung und
61 das Recycling nachhaltig geschehen können. Deutschland und Europa dürfen dabei
62 nicht in kolonialistischer Manier andere Regionen vor allem im globalen Süden und in
63 Asien um ihre seltenen Erden ausbeuten.

64 Forschungsprojekte wie das Fraunhofer-Leitprojekt "Kritikalität seltener Erden"
65 müssen deshalb gefördert und ausgebaut werden. Ziel muss es hier sein, den Bedarf an
66 seltenen Erden für die Batterieherstellung drastisch zu senken, beispielsweise durch die
67 Suche nach Ersatzmaterialien, Optimierung des Einsparungspotenzials der Rohstoffe
68 bei der Herstellung selbst und der Weiterentwicklung von Recyclingmöglichkeiten.
69 Dabei fordern wir neben weiteren finanziellen Mitteln auch eine nachvollziehbare
70 Verteilung von Fördermitteln. Die bisherige Verteilung von Geldern war nicht

71 transparent und führte, für die meisten ExpertInnen überraschend, zu einer Vergabe in
72 die Region des Wahlkreises der Bundesbildungsministerin.

73 Ausbau der Ladeinfrastruktur

74 Bei der Ladeinfrastruktur erleben wir derzeit einerseits noch immer große Lücken,
75 andererseits eine fortschreitende Fragmentierung des immer unübersichtlicher
76 werdenden Marktes. Dabei gehört das Recht auf Mobilität zur Daseinsvorsorge. Der
77 Ausbau und Normierung der Ladeinfrastruktur muss deshalb, wie jegliche andere
78 Bereiche der Daseinsvorsorge, staatliche Aufgabe sein, denn nur wenn ausreichend
79 Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen und diese auch nutzbar sind ohne mehrere
80 unterschiedliche Tankkartenverträge abzuschließen, wird der Umstieg vom
81 Verbrennungs- auf den Elektromotor attraktiv für die NutzerInnen. Zusätzlich sind
82 kommunale Verwaltungen dazu aufgefordert jegliche öffentliche Parkanlagen mit
83 einer festen Quote von Ladestationen auszustatten, die aus Bundesmitteln finanziert
84 werden müssen. Des Weiteren fehlt für Privathaushalte die Förderung einer eigenen
85 Ladestation am Parkplatz. VermieterInnen sind dazu zu verpflichten für MieterInnen
86 die ein Elektroauto besitzen dementsprechende Lademöglichkeiten vorzusehen, sofern
87 ein Parkplatz Bestandteil des Mietgegenstandes ist.

88 Reduzierung von Lärmemissionen und Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr
89 Über die Senkung von Schadstoffen hinaus müssen mit der Forschung in neue
90 Technologien auch das Problem der Lärmentwicklung durch den Verkehr in Angriff
91 genommen werden. Hier müssen auch städtebauliche Änderungen vorgenommen
92 werden, die eine Reduzierung des Verkehrslärms zur Folge haben. Als Beispiele zählen
93 der Einsatz von Flüsterasphalt, größerer Raum für den Radverkehr, Ausbau des ÖPNV
94 sowie das ebenfalls erwähnte Tempolimit von 30 km/h.

95 Sowohl RadfahrerInnen als auch FußgängerInnen müssen außerdem stärker als bisher
96 vom MIV geschützt werden, denn nicht selten enden Unfälle zwischen den
97 VerkehrsteilnehmerInnen mit schweren Verletzungen. Für die Automobilindustrie
98 ergibt sich die Aufgabe, Assistenzsysteme für die Verkehrssicherheit
99 weiterzuentwickeln. Erwähnenswert sind zum Beispiel Abbiegehilfen (insbesondere für
100 LKWs), Notbremsassistenten oder Systeme, welche die Fahrt in der Nacht sicherer
101 machen. Sofern diese verfügbar sind, ist es Aufgabe der Politik sinnvolle System für alle
102 Neuwagen verpflichtend einzuführen.

103 Weiterer Ausbau des ÖPNV und Maßnahmen für den ländlichen Raum

104 Wir sehen, dass der motorisierte Individualverkehr (MIV) vor allem in Städten oft an
105 seine Grenzen gelangt und häufig mit ökologischen Zielsetzungen im Konflikt steht.
106 Auch wenn alle NutzerInnen nur vom Diesel- oder Benzinmotor auf den Elektro- oder
107 andere nachhaltige Antriebe umsteigen, werden die damit einhergehenden Probleme
108 nicht vollständig gelöst werden können. Darum stehen wir weiterhin hinter unserem
109 Ziel eines deutlich ausgebauten, fahrscheinlosen ÖPNV, einer Verlagerung auf die
110 Schiene sowie der Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs. In der Stadt sind
111 alternative Verkehrsformen wie ÖPNV, Fahrradverkehr und FußgängerInnen zu

112 bevorzugen, auf dem Land streben wir eine gleichberechtigte Mobilitätsform an, die
113 Mischformen zwischen Individualverkehr und ÖPNV bevorzugt.

114 Gleichzeitig wissen wir, dass es gute Gründe gibt, auf den MIV zurückzugreifen. Und
115 dies wird sich auch so schnell nicht ändern. So sind vor allem in ländlichen Gebieten
116 viele Menschen darauf angewiesen, mit dem Auto die alltäglichen Wege zu erledigen.
117 Auch hier kann ein verbesserter ÖPNV helfen, er wird jedoch nicht im selben Maße den
118 Individualverkehr ersetzen können, wie dies in Städten möglich ist.
119 Dennoch braucht es auch für den ländlichen Raum neue Angebote, hier kann zum
120 Beispiel über neue Modelle des Ride- oder Carsharings nachgedacht werden, denn die
121 heutigen Carsharing-Angebote sind meist ebenfalls nur in Städten zu finden und
122 häufig sehr unattraktiv für NutzerInnen. Insbesondere die Förderung von privaten
123 Nutzungsgemeinschaften muss dabei im ländlichen Raum im Mittelpunkt stehen, da
124 bspw. die Nähe des Nachbarhausparkplatzes, Carsharing ungleich attraktiver macht.

125 Schutz von Verkehrsdaten

126 Wir wissen, dass sich der motorisierte Individualverkehr nicht nur in Hinblick auf die
127 Antriebstechnologien verändern wird. Mit immer weiter digitalisierten Fahrzeugen
128 werden Verkehrsdaten zu einer entscheidenden Ressource, die nicht Profitinteressen
129 von Unternehmen zum Opfer fallen darf. Wenn diese Daten dafür sorgen, dass
130 Mobilität nachhaltig und intelligent im Sinne der NutzerInnen vernetzt ist um Raum
131 und Ressourcen optimal auszunutzen, kann diese Digitalisierung der Mobilität zu einer
132 großen Chance werden. So braucht es beispielsweise eine gesetzliche Regulierung und
133 gleichzeitige Förderung von netzwerkbasierten Mobilitätsangeboten, ebenso wie
134 begleitende Datenrichtlinien. Es müssen deshalb die Städte und Kommunen selbst
135 sein, die die Mobilitätsprojekte anschieben und dabei auch selbst die Hoheit über die
136 Generierung und Verarbeitung der Verkehrsdaten haben. Diese Daten und das damit
137 einhergehende Wissen müssen öffentlich sein.

138 Soziale Voraussetzungen für die Transformation

139 Wir sind davon überzeugt, dass die Transformation in der Automobilindustrie nur
140 funktionieren kann, wenn soziale und ökologische Ziele gleich gewichtet werden.
141 Mit der Automobilindustrie sind direkt und indirekt Millionen Arbeitsplätze verbunden,
142 welche sich ebenso verändern werden, wie die Art der Fahrzeuge die wir nutzen und
143 die Mobilitätskonzepte die wir verwenden.
144 Vor allem die Beschäftigten der großen Automobilkonzerne, aber auch die der
145 unzähligen Zulieferfirmen dürfen bei allen ökologischen Bestrebungen nicht alleine
146 gelassen werden.

147 Deshalb fordern wir:

148 Arbeitsplatzgarantie

149 Durch die Veränderungen in der Industrie darf es nicht dazu kommen, dass
150 Arbeitsplätze alternativlos gestrichen werden und betriebsbedingte Kündigungen

151 ausgesprochen werden. Stattdessen muss den MitarbeiterInnen garantiert werden,
152 dass sie auch mit den anstehenden Veränderungen noch sichere Jobs haben.

153 Dabei darf der hohe Grad der Identifikation der Beschäftigten in der
154 Automobilindustrie mit ihrer Branche und ihrem Tätigkeitsfeld, nicht vernachlässigt
155 werden. Im Gegensatz zu anderen Industrien, die in der Vergangenheit von
156 gravierenden Veränderungen bis hin zu ihrer kompletten Abschaffung betroffen
157 waren, befindet sich die Automobilindustrie in einem Wandel, der auf alternative
158 Mobilitätskonzepte hinsteuert. Auch nach einer gelungenen Transformation wird es
159 diese Industrie also noch geben. Umso wichtiger ist somit die Sicherung der
160 vorhandenen Arbeitsplätze. Wir erkennen an, dass sich die Beschäftigten in einer
161 schwierigen Situation befinden, in der sie die Arbeit, die sie häufig lange Jahre
162 verrichtet haben, bald in dieser Form nicht mehr verrichten können werden. Dabei ist
163 nicht nur der identitätsstiftende Charakter ihrer Arbeit von einem abrupten Ende
164 bedroht, ebenso schürt die ungewisse Situation, in der sich die ArbeitnehmerInnen
165 befinden Ängste und Unsicherheiten. Eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten
166 ist somit ein unbedingt notwendiger sozialer Schritt, der gegangen werden muss.
167 Gleichzeitig müssen bereits bestehende Möglichkeiten zur Altersteilzeit verstärkt
168 genutzt und ausgeweitet werden. Vor allem für ältere Beschäftigte, für die ein Wechsel
169 des Tätigkeitsfeldes nicht mehr in Frage kommt, ist die Altersteilzeit eine sinnvolle
170 Alternative, die gleichzeitig die Lebensleistung der häufig langjährig in den
171 Unternehmen Beschäftigten anerkennt.

172 Das alles reicht jedoch nicht aus, denn finanzielle Absicherung alleine kann nicht der
173 Maßstab für eine gelungene Transformation in dieser Industrie sein. Vielmehr bedarf
174 es weiterer Maßnahmen, um den Wandel sozialverträglich zu gestalten.

175 **Bildungsoffensive**

176 Eine der weiteren Maßnahmen ist eine großflächig angelegte Bildungsoffensive. Viele
177 Tätigkeiten, die derzeit ausgeübt werden, werden in Zukunft nicht mehr in dieser Form
178 existieren. Dafür entstehen neue Tätigkeitsfelder, für die ArbeitnehmerInnen
179 entsprechend ausgebildet werden müssen. Hier ist es einerseits notwendig die
180 Berufsausbildung zukunftsgerichtet zu gestalten. So muss geprüft werden, wie bereits
181 bestehende Ausbildungsberufe an neue Anforderungen angepasst werden können. Ein
182 Beispiel hierfür ist der Ausbildungsberuf des/der Kfz-MechatronikerIn, welcher bereits
183 um den Schwerpunkt System- und Hochvolttechnik erweitert wurde.

184 Gleichzeitig müssen auch Wege gefunden werden, möglicherweise gänzlich neue,
185 zukunftsgerichtete Ausbildungsberufe in den Unternehmen zu verankern.

186 Die Berufsausbildung und das duale Studium spielen für uns eine wichtige Rolle in der
187 Transformation der Automobilindustrie. Nur wenn hier bereits beim Berufseinstieg der
188 Grundstein für eine zukunftsfähige Industrie gelegt wird, kann der Wandel gelingen.
189 Aus diesem Grund dürfen im Zuge der anstehenden Veränderungen auch keine

190 Ausbildungsplätze gestrichen werden, die Berufsausbildung ist für uns weiterhin
191 zentral und spielt gerade für die betroffenen Regionen eine wichtige Rolle.

192 Gleichzeitig steht die Industrie vor der Herausforderung, dass auch viele bereits fertig
193 ausgebildete Arbeitskräfte sich verändern müssen. Eine Arbeitsplatzsicherung, bei der
194 die Beschäftigten nach dem Gießkannenprinzip einfach nur "abgestellt" werden, ist
195 dabei nicht ausreichend! Es ist hier nicht nur wichtig, Weiterbildungsangebote auch für
196 langjährig Beschäftigte zu schaffen, auch ein individueller Blick auf die jeweiligen
197 Gegebenheiten ist notwendig. So muss nicht nur die Lebensrealität der Beschäftigten
198 bei jeder Veränderung im Blick behalten werden, sondern auch bereits bestehende
199 Fähigkeiten sinnvoll eingesetzt werden. Hierbei dürfen derzeitige Tätigkeiten, die
200 möglicherweise wegfallen werden, nicht geringgeschätzt werden, sondern müssen als
201 wertvolle Kompetenzen auch bei neuen Tätigkeiten bedacht werden. Die Veränderung
202 der einzelnen Tätigkeiten muss somit praxis- und erfahrungsorientiert stattfinden.
203 Auch soziale Aspekte wie beispielsweise kollegiale Verhältnisse am Arbeitsplatz dürfen
204 nicht vernachlässigt werden. Dies gelingt nur, indem Weiterbildungsangebote attraktiv
205 gestaltet werden, denn nur so können auch die jetzt Beschäftigten bei notwendigen
206 Veränderungen mitgenommen werden.

207 Diese Weiterbildungsangebote müssen vor allem in großen Konzernen durch die
208 Unternehmen selbst geschaffen werden, während gleichzeitig für kleine und mittlere
209 Unternehmen, die ebenfalls betroffen sind, staatliche Unterstützung notwendig ist.
210 Gleichzeitig müssen dabei Unternehmensgrenzen aufgebrochen werden und
211 Bildungsk Kooperationen gefördert und gefordert werden, sodass nicht nur der
212 allgemeine Wandel, sondern auch der/die einzelne MitarbeiterIn im Blick behalten
213 wird.

214 Dazu gehört ebenso der Ausbau des lebenslangen Lernens, um in Berufen, die in
215 Zukunft immer weiter akademisiert werden, eine Nachakademisierung zu ermöglichen
216 und auch attraktiv zu gestalten. Beispielsweise können so erfahrene ArbeiterInnen
217 bspw. in der Zerspanungsmechanik für Verbrennungsmotoren, vorausgesetzt sie
218 haben einen Meister, ein Masterstudium in einer Zukunftstechnologie ergänzen und
219 damit auch langfristig ihr Gehalt und ihre Stellung im Unternehmen erhöhen. Dabei
220 müssen diese Hochschulstudiengänge für berufstätige Menschen zugänglicher
221 gestaltet werden und eine Vereinbarkeit von Familie, Studium und Arbeit, ohne
222 erhebliche finanzielle und zeitliche Einbußen möglich werden.

223 Enge Anbindung an die Gewerkschaften

224 Als Sozialdemokratie sehen wir uns traditionell an der Seite der Gewerkschaften. Nur
225 mit starken Gewerkschaften kann der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, höhere
226 Löhne und zukunftssichere Arbeitsplätze gewonnen werden.

227 Dabei sehen wir das berechtigte Interesse der Beschäftigten ihre Arbeitsplätze zu
228 erhalten nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit der sozial-ökologischen
229 Transformation. Denn es sind die Beschäftigten in dieser Industrie - egal ob in großen
230 Konzernen oder kleineren Zulieferfirmen - die die eigentliche Expertise für den Umbau

231 ihrer Industrie mitbringen. Hier müssen die Beschäftigten befähigt werden, diesen
232 Umbau auch durchzuführen, indem ihnen mit Maßnahmen wie den oben genannten
233 die Sicherheit gegeben wird, durch die Veränderungen nicht ihren Job zu verlieren.
234 Denn es ist vor allem die Sorge um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes und eine
235 ungewisse Zukunft, die dazu geführt hat, dass gerade die Beschäftigten und somit
236 auch die Gewerkschaften häufig lediglich als KämpferInnen für den Erhalt bestehender
237 Strukturen gesehen wurden.

238

239 Wir sind davon überzeugt, dass mit einer wachsenden Demokratisierung der Betriebe
240 die Beschäftigten sich Ihrer eigenen Verantwortung für die Verkehrs- und
241 Energiewende bewusstwerden und diese auch umsetzen können. Dafür bedarf es
242 jedoch der Unterstützung durch die Politik und der Verpflichtung der Unternehmen,
243 demokratische Prozesse zu fördern und den Beschäftigten die Verantwortung zu
244 übertragen.

245 Wir stehen dabei weiterhin fest an der Seite der Gewerkschaften und kämpfen mit
246 ihnen gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie.

247 Neue Arbeitsbedingungen

248 Gleichzeitig ist es jetzt Zeit auch die Arbeitsbedingungen zu verändern. Viele Faktoren
249 tragen dazu bei, dass sich die Arbeitswelt in der Automobilindustrie radikal verändern
250 wird. Neue Antriebstechnologien, die den Verbrennungsmotor ablösen, sind häufig
251 weniger arbeitsintensiv in der Produktion, aber auch in der Wartung. Hinzu kommt die
252 voranschreitende Digitalisierung und Automatisierung in allen Teilen der Industrie. Aus
253 diesen Gründen ist es Zeit, endlich über weitere Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen.
254 Als SPD setzen wir uns für die 28-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein und
255 nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass flexible Arbeitszeitmodelle und wo
256 möglich auch Angebote für mobiles Arbeiten geschaffen werden müssen. Ebenso darf
257 der Stellenwert der Tarifverträge zukünftig nicht außer Acht gelassen werden. Die
258 flächendeckende Tarifbindung ist unabdingbar für die Zukunft der Industrie und darf
259 nicht zur Verhandlungsmasse zwischen Beschäftigten und Unternehmen werden.
260 In einer digitalisierten Industrie müssen auch veraltete Arbeitskonzepte wie z.B.
261 Nachtschichten kritisch reflektiert werden.

262

263 Strukturwandel ganzheitlich betrachten

264 Wir wissen, dass der anstehende Strukturwandel für die betroffenen Regionen in
265 Deutschland eine große Herausforderung darstellt. Ganze Regionen und sogar
266 Bundesländer wie Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern sind massiv
267 abhängig von der Automobilindustrie. Das Ergebnis des Wandels darf keine
268 Deindustrialisierung durch eine Standortverlagerung in andere Länder mit immer
269 schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigeren Löhnen oder geringeren Steuersätzen
270 sein. Denn nicht nur die zahlreichen direkt bei den Automobilkonzernen und ihren
271 Zulieferern beschäftigten Menschen sind von der derzeit vorhandenen Infrastruktur
272 vor Ort abhängig, vielmehr sind diese Regionen häufig insgesamt von der
273 Automobilindustrie abhängig. Auch die Bäckerei an der Ecke oder der Klamottenladen

274 in der Innenstadt leiden unter einem Wegfall des für diese Regionen wichtigsten
275 Industriezweiges.

276 Es gilt also bestehende Standorte nicht abzuhängen, sondern so umzubauen, dass sie
277 für die Zukunft der Mobilität gerüstet sind. Dazu gehört auch, dass insbesondere
278 öffentliche Forschungseinrichtungen gerade in den betroffenen Regionen erhalten und
279 ausgebaut werden. Bestehende Arbeitskräfte und Standortvorteile müssen hier
280 nachhaltig genutzt werden und können wichtige TreiberInnen der Transformation sein.

281 Gleichzeitig sind wir uns der gesamteuropäischen Verantwortung bewusst, die die
282 Automobilindustrie trägt. Nicht nur Deutschland, sondern die meisten europäischen
283 Länder sind stark durch die Automobilindustrie beeinflusst und
284 Transformationsprozesse dürfen nicht an Länder- oder Unternehmensgrenzen halt
285 machen.

286 Wir fordern deshalb eine europäische Lösung, um die sozial-ökologische
287 Transformation mit guten Arbeitsbedingungen und angemessenen Löhnen in der
288 gesamten EU sicherzustellen.

289 Unser sozialdemokratischer Anspruch an die Transformation
290 Unser sozialdemokratischer Anspruch ist klar: Wir stehen für eine Transformation in
291 der Industrie, die gleichzeitig sozialen wie ökologischen Ansprüchen genügt.
292 Dabei kämpfen wir langfristig für den demokratischen Sozialismus, der eine
293 Gesellschaft der Freien und Gleichen schafft, in der der ungezügelte Kapitalismus nicht
294 länger dafür sorgt, dass wirtschaftliche Interessen vor ökologischen und sozialen
295 Interessen stehen. Stattdessen braucht es eine Demokratisierung aller Lebensbereiche,
296 so auch der Automobilindustrie und der mit ihr verknüpften Betriebe, die häufig von
297 stark hierarchischen Strukturen geprägt sind.

298 Doch gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Transformation dieser Schlüsselindustrie
299 nicht nur unmittelbar bevorsteht, sondern bereits begonnen hat. Wir stecken mitten
300 im Wandel und es ist höchste Zeit, ihn auch politisch zu gestalten. Dafür brauchen wir
301 schon jetzt Lösungen, die den anstehenden Wandel nicht ignorieren und hinauszögern
302 und damit schwerwiegende Folgen für unsere Umwelt und die Beschäftigten in diesem
303 Bereich nach sich ziehen können.

304 Es kommt jetzt einerseits darauf an, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, sich für
305 die anstehenden Veränderungen zu wappnen und diese nicht auf dem Rücken der
306 Beschäftigten oder unserer Umwelt auszutragen. Andererseits müssen dafür politische
307 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl den kleineren Unternehmen die
308 mit der Branche verbunden sind dabei helfen, die Transformation zu meistern, als auch
309 den Einfluss der öffentlichen Hand auf die großen Automobilkonzerne ausweiten.

310 Als Vorbild kann hierbei das niedersächsische VW-Gesetz dienen, welches dem Land
311 Niedersachsen einen 20,2-prozentigen Anteil an Volkswagen sichert. Durch diese

312 Sperrminorität, also ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen, wird
313 sichergestellt, dass zentrale Entscheidungen nicht nur von ManagerInnen, sondern
314 auch von gewählten VolksvertreterInnen gefällt werden müssen. Das macht das VW-
315 Gesetz zu einem wichtigen wirtschaftsdemokratischen Element.

316 Natürlich darf dieser Einfluss der öffentlichen Hand aber auch nicht allein aus
317 marktwirtschaftlichen Erwägungen heraus vollzogen werden. Er ist nur dann
318 zielführend, wenn explizit sowohl soziale als auch ökologische Aspekte eingebracht
319 und vorangetrieben werden.

320 Unser Weg zur Transformation

321 Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden entscheidend für die Mobilitätswende
322 sein. Die Automobilindustrie steht als eine der deutschen Schlüsselindustrien vor einer
323 immensen Herausforderung. Das Pariser Klimaabkommen und die damit zu senkenden
324 Treibhausgase treffen eine Industrie, deren Technologie zum Großteil auf fossilen
325 Energieträgern basiert, besonders hart. Wir bekennen uns klar zum 1,5 Grad Ziel und
326 fordern, neben einer sektorübergreifenden Senkung von Treibhausgasen, dass
327 regenerative Energiequellen der Grundstein für technologieoffene, grüne
328 Antriebskonzepte sind. Kern unserer Forderung ist eine soziale Transformation der
329 Automobilindustrie. Uns ist klar, dass wir als Jusos nur ein Akteur von vielen sind.
330 Deshalb müssen wir zusammen mit den Gewerkschaften, unserer Mutterpartei und
331 anderen Organisationen und Verbänden Lösungen finden, die das Ziel einer
332 gelungenen Transformation, die soziale mit ökologischen Aspekten verbindet,
333 erreichbar machen.

Die folgenden Anträge
werden erst auf dem kleinen
Parteitag Anfang 2022
behandelt.



AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
Juso-Bezirksvorstand	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft

1 Einleitung

2 Die Schufa Holding AG ist eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei, die unter
3 anderem Banken Auskunft über die Bonität von Kunden gibt. Dafür sammelt sie über
4 943 Millionen Einzeldaten zu 67,7 Millionen natürlichen Personen und 6 Millionen
5 Unternehmen. Das Unternehmen mit etwa 900 Angestellten macht dabei einen
6 Umsatz von etwa. 190 Mio. (2016), vgl. Wikipedia.

7 Forderung:

8 Verbot von privaten Wirtschaftsauskunfteien, zur Bewertung der Bonität von
9 Unternehmen und Personen. Als Ersatz wird eine unabhängige öffentliche Stelle
10 geschaffen, die das Verfahren transparent gestaltet und den betroffenen Firmen bzw.
11 Personen alle gesammelten Daten und Schlussfolgerungen kostenfrei Auskunft geben
12 muss. Ihre primäre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass sich Unternehmen und
13 Privatpersonen nicht überschulden.

14 Begründung:

15 Bis auf die Sparkassen nutzen nahezu alle größeren Banken eine Bonitätsauskunft der
16 Schufa. Dabei ist die Art und Weise, wie private Firmen, wie bspw. die Schufa, diese
17 Auskünfte geben. Rechtlich gesehen handelt es sich hierbei, um ein
18 Geschäftsgeheimnis. Somit hat die Arbeit eines einzelnen privaten und
19 intransparenten Unternehmens die Macht über die Konditionen und die allg.
20 Kreditvergabe von Unternehmen, Familien etc. Dabei hängen nicht in wenigen Fällen
21 viele Existenzen an einer solchen Bewilligung.
22 Grundsätzlich soll in diesem Antrag die Notwendigkeit einer solchen Auskunft nicht in
23 Frage gestellt werden. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass ein Fehler, den man
24 Aufgrund des Betriebsgeheimnisses nicht von außen aufdecken kann, dazu führt, dass
25 sich Menschen kein Haus, Auto oder sonstige häufig dringend benötigte größere
26 Anschaffungen nicht mehr leisten können. Ein gesellschaftsrelevantes Thema wie
27 dieses muss in öffentlicher Hand sein, um Transparenz und Unbestechlichkeit
28 sicherzustellen.



AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
UB Peine	Bundesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Für eine gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkünften

1 Wir fordern:

- 2 • Die Abschaffung der Kapitalertragsteuer
- 3 • Dass Kapitalerträge dem progressiv ansteigenden Einkommensteuersatz
- 4 unterliegen
- 5 • Die Anhebung des Sparer-Pauschbetrags auf 1.000 € und die Abziehbarkeit von
- 6 Werbungskosten bei Einkünften aus Kapitalvermögen
- 7 • Weiteren Ausbau des Datenaustausches zwischen Banken und Finanzbehörden

8 Begründung:

9 Die Besteuerung des Einkommens deutscher Steuerpflichtiger durch die
10 Einkommensteuer erfolgt seit jeher mit einem progressiv ansteigenden Satz. Schon im
11 17. Jahrhundert wurde der die Höhe des preußischen „Kopfschoß“ nach Ständen
12 gestaffelt. Die heutige Einkommensteuer steigt von einem Einkommen von etwa 9.000
13 € an auf einen Spitzensteuersatz von bis zu 42 % oder gar 45 % an und trägt damit dem
14 Sozialstaatsprinzip Rechnung. Demnach leistet derjenige, der wirtschaftlich
15 leistungsfähiger ist, auch mehr für das Gemeinwohl als Personen mit geringerem
16 Einkommen.

17 Der Einkommensteuer unterliegen auch die Einkünfte aus Kapitalvermögen. Dazu
18 gehören im Allgemeinen Einnahmen aus Geldanlagen wie z. B. Zins- und
19 Beteiligungserträge, wie sie in der Regel in höherem Umfang eher von den Reichsten
20 unserer Gesellschaft erzielt werden. Dem Fiskus fiel die gleichmäßige Besteuerung von
21 Kapitaleinkünften jedoch lange Zeit nicht leicht, da die Finanzbehörden auf die
22 Mitwirkung der Steuerpflichtigen angewiesen waren, um deren Höhe zu erfahren,
23 sodass es zu einem strukturellen Vollzugsdefizit kam.

24 Vermögenden Privatpersonen und Unternehmen ist es dabei gelungen, die deutsche
25 Steuer auf Kapitaleinkünfte zu umgehen, indem diese ins Ausland verlagert und nicht
26 an deutsche Steuerbehörden gemeldet wurden. Um diese Kapitalflucht zu bekämpfen,
27 führte die große Koalition und Finanzminister Peer Steinbrück zum Beginn des Jahres
28 2009 den Abgeltungssteuersatz von 25 % ein. Die Kapitaleinkünfte deutscher
29 Steuerpflichtiger wurden in der Folge in jedem Fall mit 25 % besteuert. Diese sehr
30 günstige Steuer wird bei Zufluss der Kapitalerträge bereits von den Banken einbehalten
31 und an den Fiskus abgeführt. Parallel wurde durch einen verbesserten
32 Informationsaustausch, den Ankauf von Daten-CDs und ein umfassendes

33 Steuerabkommen mit der Schweiz, dafür gesorgt, dass deutsche Steuerpflichtige ihr
34 Kapital nicht mehr vor den deutschen Steuerbehörden verstecken können oder die
35 Gefahr, dabei erwischt zu werden zumindest gesteigert wurde, wodurch viele Anleger
36 abgeschreckt wurden.

37 Die erfolgreiche Geschichte der Bekämpfung von Hinterziehung von Steuern auf
38 Kapitaleinkünfte wollen wir fortsetzen.

39 Die günstige deutsche Abgeltungssteuer sorgte dafür, dass die Bereitschaft deutscher
40 Kapitalanleger, ihr Geld bei deutschen Kreditinstituten anzulegen, gestiegen ist. Für den
41 Fiskus galt dabei zunächst „Lieber 25 % von X als 42 % von nix.“, weil über einen
42 Steuersatz von 25 % hinaus keine Steuer gezahlt werden musste.

43 Personen mit höheren Einkommen profitierten besonders von der „Abgeltungssteuer“,
44 da der Einkommensteuersatz im Jahr 2020 bereits bei Einzelveranlagung mit einem
45 Einkommen von 52.000 € die Grenze von 25 % übersteigt. Eine Vermögende
46 Einzelperson, die 60.000 € an Dividenden, also Erträgen aus Beteiligungen, oder Zinsen
47 kassiert, zahlt dafür mit der Abgeltungssteuer weniger Steuern als ein*e verbeamtete*r
48 Gymnasiallehrer*in oder ein*e Abteilungsleiter*in in einem Unternehmen. Letztere
49 erbringen mit ihren Arbeitsleistungen einen höheren Dienst an der Gesellschaft als
50 Personen, die lediglich durch den Besitz von Kapital zu einem Einkommen kommen.

51 Die heutige große Koalition hat diese Missstände bereits erkannt und ließ zu Beginn des
52 Jahres 2019 die Abschaffung der Abgeltungssteuer durch das Finanzministerium von
53 Olaf Scholz prüfen. Die Abschaffung war von CDU/CSU und der SPD zuvor im
54 Koalitionsvertrag vereinbart worden. Das Bundesfinanzministerium ließ die Sache
55 jedoch, ohne öffentlich Angaben zu Gründen zu machen, fallen. Eine Abschaffung des
56 Systems ist damit zunächst vom Tisch, obwohl im Laufe der Jahre ein automatischer
57 Datenaustausch zwischen Banken und Finanzbehörden etabliert wurde. Die deutschen
58 Steuerbehörden wissen nun, welche Steuerpflichtigen über Kapitalerträge verfügen und
59 wie hoch diese sind. Der Gesetzgeber billigt vermögenden Personen dennoch weiterhin
60 eine ungerechtfertigte Entlastung zu.

61 Diese Ungleichbehandlung von Einkünften aus Kapitalvermögen gegenüber Einnahmen
62 aus Lohnarbeit wollen wir beenden.

63 Es kann nicht sein, dass Personen die einer Betätigung nachgehen steuerlich schlechter
64 gestellt werden als solche, die nur darauf warten müssen, dass die Gewinnausschüttung,
65 die andere erarbeitet haben, überwiesen wird. Daher sind wir für eine Reform der
66 Kapitalertragsteuer.

67 Die Erhöhung des Sparer-Pauschbetrages, der einen Steuerfreibetrag für Kleinanleger
68 darstellt, soll bewirken, dass die Finanzverwaltung nicht bereits bei „kleinen“
69 Kapitalerträgen von bis zu 1.000 € eine Einkommensteuerveranlagung durchführen
70 muss. Einzelne Kleinanleger und die Verwaltung sollen damit entlastet werden. Der
71 Abzug eines Werbungskosten-Pauschbetrages i. H. v. 1.000 € ist auch bei Einkünften aus
72 nichtselbständiger Arbeit (Arbeitslohn und Werksrenten) bereits gängige Praxis und soll
73 zusätzliche Bürokratie in Fällen, in denen die Werbungskosten nicht mehr als 1.000 €
74 betragen, obsolet machen.

75 Bisher fand durch die Finanzämter am Ende des Jahres jedoch nur eine Prüfung statt, ob
76 es für einen Steuerpflichtigen nicht günstiger wäre, die normale Einkommensteuer mit

77 ihrem ansteigenden Steuersatz zu zahlen. Diese Praxis wollen wir dahingehend
 78 verändern, dass die Finanzbehörden bei der Einkommensteuerveranlagung und in
 79 regelmäßigen Probeläufen überprüfen, ob vermögende Steuerpflichtige bei einer
 80 Versteuerung der Kapitaleinkünften mit dem normalen Einkommensteuersatz - wie bei
 81 Arbeitnehmenden Personen auch - nicht einen Beitrag zur Staatsfinanzierung leisten
 82 müssen. Dieser zusätzliche Arbeitsanfall in den Finanzämtern soll mit einem sinnvollen
 83 Einsatz der technischen Möglichkeiten kompensiert werden, sodass nicht alle Aufgaben
 84 personell erledigt werden müssen.
 85 Diese Übung ist bei Arbeits- und Renteneinkünften schon etabliert. Sie soll durch den
 86 automatischen Datenaustausch der Banken mit den Finanzbehörden ermöglicht
 87 werden, wie es bereits bei dem Datenaustausch zwischen Arbeitgebenden und
 88 Rentenkassen bei entsprechenden Voraussetzungen dazu kommt, dass
 89 Arbeitnehmende in bestimmten Fällen aufgefordert werden, eine Steuererklärung
 90 abzugeben und entsprechende Steuern zu entrichten, soll dies zukünftig auch in den
 91 seltenen Fällen von Steuerpflichtigen mit Kapitalerträgen von über 1.000 € der Fall sein.
 92 Diese Reform des Systems würde bewirken, dass zahlreiche Kleinanleger sich im
 93 Rahmen des Sparer-Pauschbetrages einen steuerfreien Anteil zur Altersvorsorge
 94 dazuverdienen können und die Finanzverwaltung erst in den wenigen Fällen, in dem
 95 dieser Betrag an jährlichen Zinsen oder Beteiligungserträgen überschritten wird, eine
 96 Steuererklärung anfordern muss.

Fi 3	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Peine	Bundesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an	


Gerechter erben

1 Wir fordern:

- 2 • Einen Erbschaftssteuerfreibetrag von 1.000.000€
- 3 • Einen universellen Steuersatz, der auf bis zu 25% ab 30.000.000€ ansteigt
- 4 • Einen „Reichensteuersatz“ von 40% ab 100.000.000€
- 5 • Keine Ausnahmen, aber die Möglichkeit die Zahlung auf bis zu zehn Jahre zu
- 6 stunden
- 7 • Eine selbstgenutzte Immobilie kann erbschaftssteuerfrei vererbt werden

8 Diese Änderungen sorgen für höhere staatliche Einnahmen, die dem Gemeinwohl
 9 zugutekommen. Die Last dieser Steuer wäre fairer verteilt, ohne einzelne zu überlasten.
 10 Begründung: Die bisherige Erbschaftssteuer hat einen angemessenen Tarif, der aber
 11 durch hohe individuelle Freibeträge und großzügige Ausnahmen häufig nicht zur
 12 Anwendung kommt. Wir wünschen uns die Vereinfachung der Steuersätze und

13 Freibeträge. Wir halten einen grundsätzlichen Freibetrag von 1.000.000 Euro für
14 angemessen. Das beendet die Bevorteilung aufgeteilter Erbschaften, aber stellt sicher,
15 dass die Menschen ihr Einfamilienhaus oder ihren Bauernhof auch weiterhin
16 Erbschaftssteuerfrei vererben können. Der Steuersatz der Erbschaft soll nicht mehr
17 durch das Verwandtschaftsverhältnis bestimmt werden. Wir wünschen uns einen
18 universellen Steuersatz der auf bis zu 40% ansteigt. Außerdem möchten wir die
19 Ausnahmen für Betriebsvermögen abschaffen. Sollte ein Erbnehmer eines Betriebs die
20 Erbschaftssteuer nicht direkt zahlen können wird die Möglichkeit geboten, die Zahlung
21 großzügig zu stunden. Wer einen Betrieb erbt sollte genauso wie alle anderen einen
22 fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Ein*e gute*r Unternehmer*in sollte deswegen
23 auch in der Lage sein, geerbtes Vermögen angemessen zu versteuern.

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Steuererleichterungen für Reparaturdienstleistungen

- 1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:
2
3 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass
- 4 • a) Reparaturarbeiten an Geräten zukünftig steuerlich begünstigt
5 werden.
6 Das könnte durch einen deutlich reduzierten
7 Mehrwertsteuersatz oder durch eine steuerliche Absetzbarkeit
der Arbeitsleistung geschehen.
 - 8 • b) die Reparaturtiefe, d. h. die Zerlegbarkeit und Wiedermontage,
9 von Geräten erhöht wird.
10 Das könnte z. B. konstruktiv durch lösbare Verbindungen der
11 Komponenten mit hohem Schadensanteil anstatt von
integrierten Funktionseinheiten umgesetzt werden.
Bsp.: Akkus und Touchscreens von Mobiltelefonen
 - 12 • c) die Umsetzung von Reparaturen auch für herstellerunabhängige
13 Betriebe zu ermöglichen.
14 Das wird möglich durch offen zugängliche
15 Reparaturanleitungen,
16 dem Angebot kostengünstiger Ersatzteile und eine Reparatur
17 ohne die Notwendigkeit von Sonderwerkzeugen.

18 Für b) und c) sind entsprechende rechtliche Vorgaben zu beschließen.

19 Begründung

20 Sehr viele Geräte werden nicht repariert, sondern durch Neugeräte ersetzt, obwohl eine
21 Reparatur möglich wäre. Dadurch entstehen den Verbrauchern höhere Kosten und es
22 entsteht unnötig viel Abfall, z.B. Elektroschrott. Außerdem werden dadurch wertvolle
23 Ressourcen verschwendet und erhöhte CO₂-Emissionen durch eine komplette
24 Ersatzproduktion verursacht.

25 Im Reparaturhandwerk könnten außerdem neue Arbeitsplätze in Deutschland
26 entstehen.

27 Die Produktion der Konsumwaren geschieht meist in Fernost. Der Druck, nachhaltigere
28 Technik anzubieten, fördert einen neuen Wettbewerb mit innereuropäischen
29 Herstellern.

30 Einige skandinavische Länder haben Steuererleichterungen für
31 Reparaturdienstleistungen bereits beschlossen.

G1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Peine	Bundesparteitag Landesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Bedarfsplanung für Psychotherapie an den tatsächlichen Bedarf anpassen

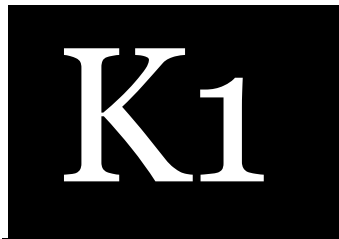
1 Die derzeitige Bedarfsplanung der Krankenkasse unterschätzt stark den Bedarf für
 2 psychotherapeutische Behandlungen. Dadurch gelten Bereiche, in denen
 3 Psychotherapeut*innen vollständig ausgelastet sind schon als stark überversorgt. Das
 4 belastet Psychotherapeut*innen, aber besonders Patient*innen, die häufig langen
 5 Wartezeiten, weite Anfahrtszeiten und viele erfolglose Versuche einen Therapieplatz zu
 6 finden aushalten müssen, bevor sie in Behandlung kommen. Gerade psychisch Kranken
 7 sind solche Hürden auf dem Weg zur Behandlung nicht zumutbar. Vielen psychisch
 8 Kranken wird dadurch eine schnelle Behandlung und Besserung verwehrt.
 9 Deswegen fordern wir, dass die Bedarfsplanung für die Arztgruppe 7
 10 (Psychotherapeuten) eine realistische Zeit pro Fall / Patient*in als Referenzwert nutzt.
 11 Dieser Referenzwert sollte die durchschnittliche Dauer einer Psychotherapie sein.
 12 Außerdem sollten Urlaub, Büroarbeiten sowie Fortbildungen berücksichtigt werden.
 13 Begründung: Die Bedarfsplanung legt fest, wie das Verhältnis von
 14 Psychotherapeut*innen zur Bevölkerungszahl in einem bestimmten Planungsbereich
 15 sein sollte. Zum Beispiel liegt im Planungsbereich Peine entsprechend der aktuellen
 16 Bedarfsplanung von 2019 eine Überversorgung vor. Für die Anzahl der Fälle im
 17 Verhältnis zur Einwohnerzahl wird der Soll-Wert von 22 Psychotherapeut*innen
 18 genannt, tatsächlich gibt es 28 Psychotherapeut*innen im Planungsbereich. Dadurch
 19 liegt der Planungsbereich mit 125% über der Grenze der Überversorgung von 115%. In
 20 der Bedarfsplanung liegt die Anzahl der Fälle pro Jahr pro Arzt bei 250. Die Anzahl der
 21 Arbeitstage variieren von Bundesland zu Bundesland, bewegen sich aber immer
 22 zwischen 248 und 255 Arbeitstage pro Jahr. Daraus kann man schlussfolgern, dass im
 23 Planungsbereich Peine mit einer Versorgung von 125% ein Psychotherapeut einen Fall
 24 pro Tag pro Jahr zu behandeln hat und dieser Wert steigt, sollte der Psychotherapeut
 25 Urlaub machen oder andere Ausfallzeiten aufweisen. Psychotherapeut*innen, welche
 26 jeden Tag acht Sitzungen abhalten und eine 40 Stunden-Woche reine Therapie haben,
 27 kommen auf acht Sitzungen pro Fall pro Jahr. In diesen Sitzungen behandeln sie zum
 28 Beispiel Zwänge, Depressionen, Suchterkrankungen und Komplexe. Die häufigste
 29 Therapieform ist die Kurzzeittherapie. Diese Form macht drei Viertel der Therapien aus.

30 Eine Kurzzeittherapie dauert nicht länger als 25 Sitzungen und ist in zwei Abschnitte
31 unterteilt mit je zwölf Sitzungen. Falls danach weitere Sitzungen benötigt werden, dann
32 können zwölf weitere Sitzungen beantragt werden. Das restliche Viertel machen die
33 Langzeittherapien aus, welche mehr als 25 Sitzungen in Anspruch nehmen. Eine
34 analytische Psychotherapie wird mit 160 Sitzungen beziffert, die tiefenpsychologisch
35 fundierte Psychotherapie sowie die Verhaltenstherapie werden auf 60 Sitzungen
36 beziffert. Die Differenz zwischen dem Angebot und dem tatsächlichen Bedarf ist
37 frappierend. Selbst im Planungsbereich Peine mit einer Versorgung von 125 % für die
38 Arztgruppe 7 ist der tatsächliche Bedarf weit höher als gedacht. Dadurch entstehen
39 selbst in einem Planungsbereich wie Peine, wo offiziell eine Überversorgung vorliegt,
40 lange Wartezeiten von häufig mehr als einem Jahr. Dieser Umstand macht die aktuelle
41 Bedarfsplanung hinfällig, da selbst in einer Überversorgung auf dem Papier eine
42 Unterversorgung die Realität ist. Das eigentliche Ziel der Bedarfsplanung ist es, überall
43 eine gute Versorgung herzustellen und Regionen mit einer Unterversorgung oder einer
44 drohenden Unterversorgung durch die Kassenärztliche Zulassung für neue Ärzte
45 attraktiver zu machen. Der Anreiz einer solchen Zulassung ist hinfällig, weil aktuell der
46 Bedarf nicht im Verhältnis zur Bedarfsplanung steht. Die Folge ist, dass Patient*innen
47 weitere Wege in Kauf nehmen, um einen Therapieplatz zu erhalten. Patient*innen aus
48 Peine suchen auch im Planungsbereich Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel etc. und
49 umgekehrt. Das führt zu zusätzlicher Knappheit in Planungsbereichen, die eigentlich gut
50 versorgt sind. Des Weiteren erhöht es den Aufwand für die psychisch erkrankten
51 Patient*innen stark. Für die Patient*innen, die sich auf die lange Suche begeben ist es
52 entmutigend, sowohl von Hausarzt*innen, Psychotherapeut*innen, als auch vom
53 Kassenärztlichen Verband Niedersachsen und dem Ministerium für Gesundheit und
54 Soziales zu hören, dass es sehr schwer bis unmöglich ist zeitnah einen Therapieplatz zu
55 bekommen. Diese Aussagen stehen im Konflikt zur Bedarfsplanung durch
56 kassenärztliche Vereinigung Niedersachsens in Abstimmung mit den Krankenkassen
57 sowie letztendlich der Bedarfsplanungs-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses
58 gesetzlich vorgeschriebener Bedarfsplanung und Ministerium für Gesundheit und
59 Soziales als Kontrollorgan.

60 Wartezeiten von über einem Jahr und eine Überversorgung von Psychotherapeut*innen
61 passen nicht zusammen, aber sind die Realität im Planungsbereich Peine! Wir sollten die
62 Behandlung psychischer Krankheiten endlich auch in der Versorgung gegenüber
63 physischen Krankheiten gleichstellen. So wie man nach einem Beinbruch eine direkte
64 Anschlussversorgung an die Akutbehandlung hat, sollte es auch in der Psychotherapie
65 die Regel sein!

66 Durch eine realistische Bedarfsplanung würden viele Planstellen entstehen, von denen
67 einige kurzfristig durch die kassenärztliche Zulassung von bisher privaten
68 Psychotherapeut*innen besetzt würden. Eine tatsächlich gute Versorgung sorgt dafür,

69 dass psychisch erkrankte Menschen wesentlich schneller einen nahen Therapieplatz
70 erhalten können. Das senkt die Schwelle, für die, die es brauchen, solche Angebote
71 wahrzunehmen. Sie profitieren stark von einer schnelleren Behandlung, durch die sie
72 früher in ein geregeltes Leben zurückkehren können und einer Verschlimmerung der
73 Krankheit vorgebeugt wird. Häufig wird eine Psychotherapie auch im Anschluss an eine
74 stationäre oder teilstationäre Behandlung verschrieben. Diese begleitet den Übergang
75 aus dem stationären Aufenthalt in das Alltagsleben und stellt eine wichtige Sicherheit
76 für viele Patient*innen auf dem Weg in den Alltag da. Dabei ist der direkte Anschluss an
77 die stationäre Behandlung für die Genesung essenziell.



AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
UB Braunschweig	Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz

1 Wir fordern die niedersächsische Landtagsfraktion dazu auf, dass Kommunalwahlgesetz
2 dahingehend zu ändern, dass keine private Anschrift mehr von Mandatsträger*innen
3 von den Kommunen veröffentlicht wird.

4 Begründung:

5 Die Veröffentlichungen von Adressen der einzelnen Mandatsträger*innen mag zu einer
6 Zeit sinnvoll gewesen sein, als nicht nicht jeder Haushalt über einen Telefonanschluss
7 verfügt hat. Inzwischen ist davon auszugehen, dass jede Person telefonisch, per Mail
8 oder über andere Nachrichtendienste erreichbar ist.
9 Ebenso ist die Veröffentlichung der Adressen im Zusammenhang mit den steigenden
10 Angriffen auf Abgeordnete und Politiker*innen höchst kritisch zu sehen. Wir erinnern
11 uns alle an die schreckliche Nachricht vom Tod Walter Lübckes, der auf der Terrasse
12 seines Wohnhauses von einem Rechtsextremisten ermordet wurde. Ein weiteres
13 Beispiel bietet der ehemalige Tröglitzer Bürgermeister Markus Nierth, der von seinem
14 Amt zurückgetreten ist, nachdem die NPD eine Demonstration vor seinem Wohnhaus
15 veranstaltet hat. Es geht hierbei nicht nur um den Schutz der Mandatsträger*innen,
16 sondern auch um den der Angehörigen.



AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
UB Braunschweig	Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

„Life in the hood“ - Maßnahmen zur Rettung der Kommunen

1 Die Corona-Pandemie sorgte in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu einem tiefen
2 Einschnitt. Nicht nur mittelständische Unternehmen haben mit den Folgen des
3 Lockdowns zu kämpfen. Auch die Kommunen werden stark belastet. Sei es bedingt
4 durch wegfallende Einnahmen aus kommunalen Steuern und Gebühren, fehlender
5 Tourismus oder der Schließung der kommunalen Einrichtungen sowie durch gestiegene
6 Sozialleistungen infolge der Pandemie. Das sind Problemfelder, die nicht erst durch die

7 Pandemie entstanden sind, sondern schon seit geraumer Zeit die Kommunen in
8 Deutschland belasten. Viele Gemeinden und Gemeindeverbände leiden unter einer
9 hohen Schuldenbelastung, die sich über mehrere Jahre angehäuft haben. Die Gründe
10 sind vielfältig und nicht allein auf unwirtschaftliches Handeln zurückzuführen.
11 Kommunen handeln nach dem Grundgesetz in alleiniger Selbstverwaltung in ihrem
12 Wirkungskreis. Es ermöglicht zwar ein direktes Eingehen der Politik auf die Bedürfnisse
13 der Menschen vor Ort, jedoch sind mit dem Prinzip auch Verpflichtende Aufgaben
14 verbunden, die die Kommunen übernehmen müssen. Hierzu zählen unter anderem der
15 kommunale Straßenbau, Betrieb von Schulgebäuden, soziale Leistungen usw. Darüber
16 hinaus kommen Aufgaben hinzu, die im Auftrag von Bund und Länder von den
17 Gemeinden wahrgenommen werden müssen (z.B. Zivildienst, Pass- und Meldewesen
18 etc.). Da nach dem Selbstverwaltungsprinzip die Kommunen über eine eigene
19 Finanzhoheit verfügen, müssen jegliche Aufgaben aus dem eigenen Haushalt finanziert
20 werden. Direkte finanzielle Unterstützung seitens des Bundes und der Länder sind nach
21 dem Grundgesetz nicht vorgesehen. In Verbindung mit erweiterten Aufgabenbereichen
22 führte dies unfreiwillig zu den überforderten Kommunalverwaltungen, deren Haushalte
23 in Schieflage geraten sind. Die Folge daraus ist, dass seit den 1990er die Summen an
24 Kassenkrediten deutlich gestiegen sind. Kassenkredite, ähnlich eines Dispositionskredits
25 bei Privatpersonen, sind kurzfristig angelegt für die Tilgung notwendiger Schulden im
26 Rahmen des Kommunalhaushalts. Eine Finanzierungshilfe, die kritisch gesehen werden
27 muss, da sie keine Abhilfe schaffen, sondern die Probleme verschärfen und Kommunen
28 in die Abhängigkeit von kapitalistischen Finanzinstituten treiben. Betroffene
29 Kommunen leiden darüber hinaus auf sozialer Ebene in ihrem Wirkungskreis. Denn
30 finanzielle Investitionen betreffend das gesellschaftliche und öffentliche Leben sind
31 kaum möglich. Haushaltssperren verhindern die Finanzierung von kommunalen
32 Projekten bzw. den Betrieb von kommunalen Stätten. Darunter fallen öffentliche Bäder,
33 Büchereien oder auch kommunale Museen. Alles Orte, die für eine hohe Lebensqualität
34 von Notwendigkeit sind, aber nach dem Gesetz für die Gemeinden nicht verpflichtend
35 sind. Hier würde auch kein Kommunalkredit helfen, da diese vom Staat als Ausnahme
36 gedacht sind, auf einzelne Projekte für einen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahre
37 ausgelegt sind und Kommunen zudem einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen
38 müssen. Es ergibt sich ein Teufelskreis, den die Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr
39 verlassen können. Umso mehr ist die Überörtliche Politik gefragt, auf die Probleme der
40 Kommunen einzugehen und gemeinsam mit den Gemeinden und den
41 Gemeindeverbänden diese zu lösen. Für uns Jusos ist es ein besonderes Anliegen. Denn
42 Kommunalpolitik heißt auch Politik für Menschen, die sozial benachteiligt sind und auf
43 Hilfe und ein sorgenfreies Leben angewiesen sind. Kinder und Jugendliche aus sozial
44 schwachen Familien, die mithilfe von kommunalen Leistungen und Einrichtungen keine
45 Nachteile in der Bildung erfahren müssen oder die Möglichkeit erhalten, sich freizeithlich
46 beschäftigen können. Oder dass Menschen mit geringer Rente oder mit
47 Erwerbsminderung die soziale Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird ist auch ein
48 wichtiger Bestandteil der Kommunalpolitik. Allgemein erfasst die Politik vor Ort den
49 Alltag der Menschen sowie das gemeinsame Zusammenleben, welche auf ein
50 solidarisches Miteinander angewiesen ist. Solidarität ist auch das Stichwort, auf welches
51 die Kommunen gegenseitig angewiesen sind. Es muss Schluss sein mit dem Verständnis

52 von Kommunalpolitik, einen Wettbewerb, um den besten Standort für die Wirtschaft
53 auszufeuchten und gleichzeitig das Gemeinwohl ausser acht zu lassen. Diese Neoliberale
54 Politik ist es, die die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich auch geografisch
55 vorantreiben lässt. Für uns muss klar sein, dass Kommunen nur in gemeinsamer
56 Zusammenarbeit das Ziel erreichen können, für gleiche Lebensbedingungen überall im
57 Land zu sorgen. Es kann auch nur in starker Zusammenarbeit mit Bund und Länder das
58 Überleben der Kommunen sichern. Deshalb fordern wir in diesem Antrag eine
59 grundlegende Reform der Politik im Zusammenhang mit Gemeinden und
60 Gemeindeverbände. Wir stellen folgende Forderungen auf, die zur Problembewältigung
61 beitragen sollen.

62 Forderungen:

63 Entlastung der Kommunen durch einen Schuldenschnitt

64 Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, sollen durch den Bund
65 die Altschulden der Gemeinden übernommen werden. Es handelt sich hierbei
66 größtenteils um aufgenommene Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen.
67 Eine Entlastung der Schulden würde finanzielle Mittel freisetzen, womit der
68 Investitionsstau der betroffenen Kommunen bekämpft werden könnte. Insbesondere
69 wichtige Aufgaben wie die Sanierung von Öffentlichen Gebäuden (Schulen,
70 Schwimmbäder etc.) könnten mit den Mitteln in Angriff genommen werden. Eine
71 Befreiung von der Schuldenlast würde den Kommunen mehr Planungssicherheit geben
72 sowie eine Konsolidierung ihres Kommunalhaushalts ermöglichen. Weiter könnten
73 Arbeitsplätze in der Verwaltung und bei den kommunalen Unternehmen durch den
74 Schnitt gerettet werden. Diese Maßnahme würde ganz besonders den durch die Corona-
75 Pandemie betroffenen Gemeinden helfen, Ausfälle aus den Gemeindesteuern und
76 Gebühren abzufedern. Um den Schuldenschnitt finanzieren zu können, sollten
77 wohlhabende Kommunen mit geringfügigen Schulden auf eine Forderung nach einem
78 Erlass ihrer Schulden aus solidarischen Gründen verzichten.

79 Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) – Einrichtung Solidaritätsfonds

80 Der kommunale Finanzausgleich ist ein Instrument ähnlich des Länderfinanzausgleichs
81 zur solidarischen Umverteilung von kommunalen Finanzen. Hiermit sollen gleichwertige
82 Lebensbedingungen in allen Kommunen geschaffen werden. Der KFA wird
83 hauptsächlich durch die einzelnen Länder vollzogen. Dabei unterscheidet man zwischen
84 den vertikalen KFA (Verteilung vom jeweiligen Bundesland an die Kommunen) und den
85 horizontalen KFA (Verteilung zwischen den Kommunen). Zwar ist es richtig, dass der
86 Finanzausgleich im Aufgabenbereich der einzelnen Länder verordnet ist. Jedoch ist es
87 auch gleichzeitig falsch, sich als Gesamtstaat nicht an den Ausgleichsmaßnahmen zu
88 beteiligen. Denn Bundesländer, die selber auf den Länderfinanzausgleich angewiesen
89 sind, können auch nur in begrenzter Form den Kommunen im Sinne des vertikalen KFA
90 helfen, wenn die Finanzmittel gleichzeitig für die Konsolidierung der Länderfinanzen
91 dienen. Ebenfalls würde der horizontale KFA nur gering die Herstellung gleicher
92 Verhältnisse in den Kommunen bewirken, wenn an sich die Gemeinden in einem
93 Bundesland weniger zu Verfügung haben als Gemeinden in einem anderen Bundesland.

94 Hinzu kommt noch, dass der KFA von Bundesland zu Bundesland im Sinne von
95 Zuweisungsbeträgen, Verteilungsquoten und den Handlungsmethoden unterschiedlich
96 gestaltet ist. Dies erschwere nicht nur die Vergleichbarkeit der Kommunen, sondern
97 würde dauerhaft die finanziellen und sozialen Unterschiede verstärken. Deshalb ist es
98 gerade wichtig, dass sich der Bund auch im Hinblick auf das Grundgesetz, nämlich
99 überall für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, stärker am KFA beteiligt und die Länder
100 bei der Ausführung unterstützt. Die Unterschiede beim KFA sollte in der
101 Zusammenarbeit der Länder durch die Festlegung einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage
102 und festgelegten Methoden schrittweise abgebaut werden. Über den KFA hinaus sollte
103 der Bund für die Rettung von finanzschwachen Kommunen einen bundesweiten
104 Solidaritätsfonds einrichten. Dieser würde ähnlich wie der horizontale KFA
105 funktionieren. Wohlhabende Kommunen würden einen bestimmten Anteil aus ihren
106 Gesamtfinanzen in diesen Fonds zahlen. Das Geld aus dem Fond würde nach einem
107 Verteilungsschlüssel bundesweit auf die Kommunen verteilt werden. Hier könnten vor
108 allem Strukturschwache Regionen von den Finanzierungshilfen profitieren, die bisher
109 durch den KFA nicht ausreichend unterstützt werden konnten.

110 Entlastung bei den Sozialausgaben

111 Wie bereits erwähnt haben die Kommunen während der Corona-Pandemie, aber auch
112 schon davor mit gestiegenen Sozialausgaben zu kämpfen, während die kommunalen
113 Steuereinnahmen wegbleiben. Dies sind keine Einzelfälle und es zeichnet sich ein Trend
114 ab, dass es immer mehr Gemeinden betreffen wird. Auch weil hier die Kommunen aus
115 Sparzwang gezwungen sind, die kommunalen Steuersätze zu erhöhen, was sich eher
116 abschreckend auf ansiedlungswillige Menschen auswirkt. Zudem verstärke dies nur den
117 Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen um den perfekten Standort für
118 Unternehmen und sorgt langfristig für die Verstärkung der Ungleichheit. Um diesen
119 Prozess zu stoppen, fordern wir die stärkere Beteiligung des Bundes an den
120 Sozialausgaben der Kommunen. Der Bund soll hier für Entlastung der kommunalen
121 Haushalte sorgen, wodurch mehr finanzielle Mittel für wichtige Projekte der Kommunen
122 freigesetzt werden und zudem die Kommunen die Möglichkeit haben, einen
123 ausgeglichenen Haushalt erzielen zu können. Auch soll durch die Maßnahme verhindert
124 werden, dass die kommunalen Steuersätze starken Differenzen zwischen den
125 Kommunen ausgesetzt sind.

126 Bundesweite Konsolidierungshilfen

127 Auch wenn Maßnahmen wie Schuldenerlasse oder finanzielle Ausgleichsmaßnahmen
128 für Abhilfe sorgen können, reicht dies bei vielen Kommunen bei weitem nicht für die
129 Herstellung eines ausgeglichenen Haushaltes aus. Meistens werden für die
130 Zielerreichung Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen aufgenommen,
131 wodurch sich Kommunen immer mehr verschulden. Um das Problem zu bewältigen
132 haben die Länder verschiedene Finanzprogramme aufgestellt, welche die weitere
133 Aufnahme von Kassenkrediten obsolet macht und den Kommunen bei der
134 Konsolidierung ihrer Haushalte helfen soll. Problem hierbei ist, dass in den
135 Bundesländern diese Haushaltshilfen zur Hälfte oder gar zu zwei Dritteln von den
136 Kommunen mitfinanziert werden. Bei einer Kommune mit geringer Steuerkraft und

137 hohen Zuweisungen stellt dies eine höhere Belastung dar als die eigentliche Entlastung.
138 Zumal sind Kommunen mit den erhaltenen Hilfen zu harten Sparmaßnahmen
139 verpflichtet, um einen vollständigen Haushaltsausgleich zu erreichen. Da dies
140 bekanntermaßen die Situation der Kommunen verschlechtern würde, muss auch hier
141 der Bund die Länder bei den Konsolidierungshilfen beitragsmäßig unterstützen. Statt
142 des Sparzwangs sollten den Kommunen seitens der Landesrechnungshöfen freiwillige
143 Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden, die zur Lösung der kommunalen
144 Problemen helfen können.

145 Investitionshilfen zur Umsetzung von kommunalen Projekten
146 Eines der größten Probleme für die Kommunen ist die Anhäufung der erforderlichen
147 Investitionen, die durch Sparmaßnahmen nicht getätigt werden können. Der
148 Investitionsstau senkt im erheblichen Maße die Lebensqualität der betroffenen
149 Gemeinden. Auch hier bleibt meist keine andere Wahl, als Güter der öffentlichen
150 Daseinsvorsorge dem kapitalistischen Markt zu überlassen. Wohlgermerkt auf Kosten
151 der sozialen Teilhabe. Auch die Aufnahme von Kommunalkredite stellen nicht die
152 Lösung dar aufgrund der Kompliziertheit der Antragstellung und der langen Laufzeit. Der
153 Bund und die Länder müssen den Kommunen stärker unter die Arme greifen als bisher
154 und sich an kommunalen Projekten direkt beteiligen. Dies betrifft im besonderen Maße
155 Infrastrukturmaßnahmen, den Wohnungsbau, Ausstattung der Schulgebäude usw. Es
156 muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die die Kooperation zwischen den
157 Kommunen und den anderen Gliederungen des Staats möglich machen, ohne dabei das
158 Recht auf Selbstverwaltung zu streichen.

01

AntragsstellerIn:

Weiterleitung an:

UB Salzgitter

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Anpassung des Verteilungsschlüssels

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 § 11 Abs. 5 der Satzung des SPD Bezirks Braunschweig ist wie folgt zu ändern:

3 Die Delegierten und Ersatzdelegierten der Unterbezirke zum Landesparteitag sind
4 entsprechend dem Verteilungsschlüssel zunächst auf den Unterbezirksparteitagen zu
5 wählen. Der Bezirksparteitag bestätigt die von den Unterbezirken gewählten
6 Delegierten, wenn die Regelungen zur Wahlordnung (z.B. Quotierung) beachtet wurden.
7 Der Bezirksparteitag ist bei einem Verstoß gegen die Wahlordnung berechtigt, die
8 Reihenfolge der im Unterbezirk gewählten Kandidaten und Ersatzkandidaten zu
9 verändern, um die Einhaltung der Wahlordnung sicherzustellen.

10 Begründung:


11 Nach § 4 Abs.2 der Satzung der SPD-NIEDERSACHSEN sollen die Unterbezirke auf dem
12 Landesparteitag angemessen berücksichtigt sein. Angemessen in diesem
13 Zusammenhang bedeutet, dass jeder Unterbezirk nicht mehr aber auch nicht weniger
14 als die Mandate erhält, die ihm nach dem Verteilungsschlüssel zustehen.

15 Die Regelung in § 11 Abs. 5 der Bezirkssatzung entspricht nicht der Regelung in der
16 übergeordneten Satzung der SPD Niedersachsen und ist damit rechtswidrig. Nach § 9
17 Abs. 2 der SPD – Satzung Bund dürfen Regelungen in nachfolgenden Gliederungen nicht
18 im Widerspruch zu höherrangigen Gliederungen stehen.

19 Das gültige Wahlverfahren kann – wie die Erfahrung in der Vergangenheit zeigt - die
20 angemessene Berücksichtigung aller Unterbezirke auf dem Landesparteitag nicht
21 sichern und stellt damit nicht die angemessene Berücksichtigung auch des Unterbezirks
22 Salzgitter bei der Mandatsverteilung sicher. Salzgitter hat noch nie die Anzahl der
23 Mandate erhalten, die ihm nach dem Verteilungsschlüssel zugestanden haben. Die
24 bisherige Regelung mit den zwei Grundmandaten ist zwar eine Verbesserung gegenüber
25 der fehlenden Regelung in der Vergangenheit, aber nicht ausreichend.

26 Durch die Verlagerung der Entscheidungsbefugnis zur Bestimmung der Vertreter des
27 Unterbezirks auf dem Landesparteitag auf die Unterbezirksparteitage wird
28 sichergestellt, dass jeder Unterbezirk angemessen vertreten ist.

29 Gleichzeitig wird damit auch sichergestellt, dass der Unterbezirk durch die Personen
30 vertreten wird, denen auf Unterbezirksebene von den Mitgliedern das Vertrauen
31 ausgesprochen wird. Die Kandidaten sind in den Unterbezirken bekannt oder haben
32 sich zumindest auf den Unterbezirksparteitagen vorgestellt. Dies ist besser als das
33 bisherige Wahlverfahren auf Bezirksebene, da den Delegierten auf den
34 Bezirksparteitagen oft ein Großteil der Kandidaten nicht persönlich bekannt ist und
35 somit quasi blind gewählt werden muss.

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Paritätische Quotierung

1 Die Repräsentanz aller Menschen aus diversen Bevölkerungsgruppen in der Partei ist
2 extrem wichtig um eine gleichberechtigte Teilhabe am demokratischen
3 Entscheidungsprozess sicherzustellen. So können verschiedene Lebenserfahrungen,
4 Expertise, Lebensrealitäten und auch Diskriminierungserfahrungen in die Debatte
5 einfließen. FINT*-Personen sind in Vorständen, Gremien und Führungspositionen von
6 Parteien und in den Parlamenten nach wie vor auf jeder Ebene der Politik
7 unterrepräsentiert.

8 FINT bedeutet: Frauen* (mit dem Stern wird auf die Geschlechtsidentität Frau
9 hingewiesen, unabhängig von dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht),
10 Inter*Personen, nichtbinäre Personen (Menschen, die sich nicht im binären
11 Geschlechtersystem wiederfinden) sowie Trans*Personen (Trans*Frauen und
12 Trans*Männer).

13 FINT*-Personen eint das facettenreiche Diskriminierungspotential in einem
14 patriarchalen System. So ist anzuerkennen, dass Frauen* nicht allein aufgrund ihres
15 biologischen Geschlechts, sondern auch, oder sogar vielmehr wegen bestehender
16 stereotypischer Geschlechterrollen aufgrund ihres sozialen Geschlechts: „gender“
17 diskriminiert werden. Das Gleiche gilt für Inter*- sowie Trans*Personen. Trans*Frauen
18 wird dabei häufig das Frausein und somit die Diskriminierungserfahrung als Frau*
19 abgesprochen. Trans*Männer sind in einem binären Geschlechtersystem weiblich
20 sozialisiert und entsprechen auch nach der Transition nicht dem stereotypischen
21 Männerbild. Weiter wird bei Trans*Personen völlig verkannt, mit welcher
22 Stigmatisierung und Anfeindungen sie während und nach ihrer Transition konfrontiert
23 sind.

24 Die Anerkennung von Diskriminierung aufgrund des Gender (des sozialen Geschlechts)
25 folgt hier der gültigen Rechtsprechung:

- 26 - Art. 2 (1) GG in Verbindung mit Art. 1 (1) GG schützt in der engeren persönlichen
27 Lebenssphäre den intimen Sexualbereich des Menschen, somit auch das Finden
28 und Erkennen der eigenen geschlechtlichen Identität und sexuellen
29 Orientierung vgl. BVerfGE 49, 286 BVerfGE 96, 56 <61>, BVerfGE 109, 256 <266>
- 30 - BVerfGE 49, 286 <298>: Die Geschlechtszugehörigkeit kann nicht allein nach
31 den physischen Geschlechtsmerkmalen bestimmt werden. Sie hängt wesentlich
32 auch von der psychischen Konstitution eines Menschen und seiner nachhaltig
33 selbst empfundenen Geschlechtlichkeit ab. Dieser heute wissenschaftlich
34 gesicherten Erkenntnis trägt §1 TSG Rechnung.

35 FINT*-Personen sind in Vorständen, Gremien und Führungspositionen von Parteien
36 sowie in den Parlamenten nach wie vor auf jeder Ebene der Politik unterrepräsentiert.
37 Quotierungen versuchen diesem Missstand entgegenzuwirken. Jetzige SPD-
38 Maßnahmen unterscheiden mit der sogenannten „Geschlechterquote“ (40%
39 Frauenanteil) jedoch lediglich zwischen Männern und Frauen. Menschen, die sich
40 außerhalb des binären Geschlechtersystems wiederfinden, sprich, sich weder als Mann
41 noch als Frau definieren, werden in einer solchen Quotierung nicht mitgedacht. Es ist
42 fraglich, über welche Liste sie für Ämter kandidieren können und sie werden direkt
43 diskriminiert, nicht zuletzt, da sie sich selbst einem Label (Mann oder Frau) zuordnen
44 müssen, welches ihrem Geschlecht nicht entspricht. Aus diesem Grund sind
45 Quotierungen neu zu denken.

46 Vorstände, Gremien, Listenplätze und Delegationen sind nach dem Paritätsprinzip zu
47 besetzen: 50% FINT* und 50% nicht-FINT*.

48 Bedarf es einer ungeraden Personenanzahl, so darf die Differenz zwischen der Anzahl
49 von FINT* und nicht-FINT*-Personen maximal 1 sein, zum Beispiel in ungeraden
50 Vorständen. Sollte dies nicht einzuhalten sein, ist die Anzahl der Personen
51 entsprechend so weit zu reduzieren, bis eine paritätische Besetzung gegeben ist.

03	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Peine	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Digitalen Abstimmungspakete

- 1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, sich mit 50 % finanziell an der Nutzung eines
- 2 Digitalen Abstimmungspaketes für den ordentlichen Unterbezirksparteitag zu
- 3 beteiligen.

- 4 Sofern dies von den Unterbezirken in Anspruch genommen werden möchte.
- 5 Begründung
- 6 Der Bezirk macht in diesem Jahr auf dem Parteitag von dieser Möglichkeit Gebrauch .
 7 Das ist sinnvoll , da es den Ablauf wesentlich erleichtert und beschleunigt. Ebenso
 8 ergibt sich eine enorme
 9 Papier- und Kopierkostensparnis.
- 10 Für die Unterbezirke mit jeweils einer Halbtagsstelle bedeutet die Vorbereitung ihrer
 11 Parteitag einen enormen zusätzlichen Arbeitsaufwand.
 12 Die Differenz der Delegierten Bezirksparteitag und die in den größeren Unterbezirken
 13 ist nicht sehr groß. Die Vorbereitungsarbeiten sind die gleichen.
 14 Seit Jahrzehnten wird sich Gedanken gemacht, wie die Unterbezirke nach dem Abbau
 15 der Geschäftsführerstellen arbeitstechnisch durch den Bezirk entlastete werden
 16 können.
 17 Diese Lösung wäre eine wirklich effektive und sinnvolle Möglichkeit

04	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	AG Queer	SPD-Landtagsfraktion SPD-Bundestagsfraktion
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Papierlose Konferenzen

- 1 Der hohe Papierverbrauch auf Mitgliederversammlungen oder Konferenzen kann in der
 2 Zeit von Digitalisierung auf ein Minimum reduziert werden.
- 3 Forderung:
- 4 Umsetzen von nahezu papierlosen Konferenzen, indem allen Teilnehmenden der
 5 Versammlung im Voraus mit der Einladung ein digitales Antragspaket und eine digitale
 6 Tages- sowie Geschäftsordnung zugesandt wird. Zur Konferenz werden auf Wunsch
 7 Antragspakete in gedruckter Form zur Verfügung gestellt, dafür ist eine schriftliche
 8 Rückmeldung bei der vorsitzenden Person mindestens einen Tag vor der Konferenz
 9 notwendig.
- 10 Änderungsanträge werden wie bisher gebündelt in gedruckter Form zur Verfügung
 11 stehen.

S1

AntragsstellerIn:

AfA-Bezirksvorstand

Weiterleitung an:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Verlängerung der langfristigen Sozialbindung auf gefördertem Wohnraum

1 Der Braunschweiger SPD-Bezirksparteitag 2021 möge beschließen:

2 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag
3 sollen sich dafür einsetzen, dass die Sozialbindungsfrist von gefördertem Wohnraum
4 deutlich verlängert wird. Dies gilt für bestehende Wohneinheiten sowie für neu
5 geschaffene Wohnungen im sozialen Wohnungsbau.

6 Begründung:


7 Von 2006 bis 2019 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland von 2,1 auf 1,1
8 Millionen zurückgegangen, hat sich also praktisch halbiert. Das geht aus dem Armuts-
9 und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor. Der rasante Abbau lässt sich an den
10 Zahlen von 2019 illustrieren, die das Bundesinnenministerium vorgelegt hat: Es fielen
11 64 456 Wohnungen aus der Sozialbindung, während nur 25 565 neue Sozialwohnungen
12 gebaut wurden. Der Deutsche Mieterbund sieht einen Bedarf von 80 000 bis 100 000
13 neuen Sozialwohnungen pro Jahr. Von der Bundesregierung werden nach vier Jahren
14 Regierungszeit aber nur insgesamt etwa 100 000 fertiggestellt sein.

15 Neben massiv verstärktem Wohnungsbau fordert der AfA-Bezirk Braunschweig
16 mindestens für den Sozialwohnungsbau eine dauerhaftere Form der Sozialbindung.
17 Bisher entfällt diese oft schon nach zwölf bis 15 Jahren.

18 Das kann in zwei Schritten erfolgen:

19 1. Wohnungsbaugesellschaften auf kommunaler und Landesebenen können
20 Wohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten schaffen, die dauerhaft im
21 Eigentum der staatlichen bzw. kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
22 bleiben und langfristige Sozialbindung sichern. Durch die bezahlbaren Mieten bei
23 den kommunalen und landeseigenen Wohnungen kann die Preisentwicklung auf
24 dem Wohnungsmarkt entschärft werden.

25 2. Eine weitere Maßnahme sind längere Bindungsfristen für geförderten
26 Wohnungsbau nach der sogenannten einkommensorientierten Förderung (EOF).
27 Derzeit ist es so, dass die Sozialbindung für private Investoren, die sozialen
28 Wohnungsbau betreiben, nach 10 bis 20 Jahren ausläuft und es dann ganz
29 normale Eigentumswohnungen werden. Diese Frist soll man auf 40 Jahre
30 verlängert werden.

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Wolfenbüttel	Landesparteitag
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Subsidiaritätsprinzip

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2 Wir nehmen das Subsidiaritätsprinzip ernst und werden die frei gemeinnützigen und
- 3 anerkannten Träger in ihren Tätigkeiten unterstützen. Sie haben einen Vorrang in der
- 4 Übernahme staatlicher Leistungserbringung im Rahmen von Heranziehungen.


- 5 Die Aufgabenbeschreibung im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips schließt das
- 6 Einbringen von Eigenanteilen zur Übernahme dieser Aufgaben aus.

- 7 Begründung

- 8 Die frei gemeinnützigen und anerkannten Träger (Wohlfahrtsverbände) sind eine
- 9 tragende Säule des Sozialstaates und vertreten einen Großteil der Zivilgesellschaft. Ziel
- 10 ihrer Tätigkeiten ist eine wirksame Ergänzung zum Wohle von Hilfesuchenden. Die
- 11 Grundlage des Handelns der öffentlichen und freien Träger fußt auf dem
- 12 Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet vereinfacht: Was der Einzelne aus eigener Kraft tun
- 13 kann, darf weder von einer übergeordneten Instanz noch vom Staat dominiert werden.
- 14 Die im Subsidiaritätsprinzip zum Ausdruck kommende Anerkennung sozialer Initiativen
- 15 sichert Vielfalt und damit das Wunsch- und Wahlrecht hilfesuchender Bürgerinnen und
- 16 Bürgern.

- 17 Die jeweils größere gesellschaftliche oder staatliche Einheit soll nur dann tätig werden,
- 18 wenn dieses geboten ist, weil eine kleinere Einheit dazu nicht in der Lage ist. Staatliches
- 19 Handeln hat die selbstständigen Organisationen und Verbände bei der Erfüllung ihrer
- 20 Aufgaben in geeigneter und angemessener Weise zu unterstützen und zu fördern. Der
- 21 Staat darf hiernach keine Aufgaben anstreben oder übernehmen, die in gleichwertiger,

22 geeigneter Weise durch selbstständige Organisationen oder Verbände genauso geleistet
23 werden könnten.
24 Aus diesem Grund muss gewährleistet werden, dass die Träger der freien
25 Wohlfahrtspflege auch weiterhin ihre Maßnahmen und Tätigkeiten flexibel, individuell
26 und bedarfsgerecht anbieten können – das ist unsere über viele Jahre hinweg
27 professionalisierte und erfahrene Kernkompetenz, die es zu schützen und zu
28 unterstützen gilt - ohne in Konkurrenz zum Staat zu stehen. Dieses Handeln entspricht
29 den sozialdemokratischen Leitlinien und muss flächendeckend umgesetzt werden.

	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	Juso-Bezirksvorstand	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass das sogenannte „Containern“, bei dem
2 eigentlich weggeworfene Lebensmittel von z. B. Supermärkten mitgenommen werden,
3 legalisiert werde.
4 Bisher gelten weggeworfene Lebensmittel als Eigentum, weshalb „Containern“ als
5 Diebstahl gemäß §§242 f. StGB strafbar sein kann. Dennoch werden in Deutschland
6 jedes Jahr ungefähr 13 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Dadurch entsteht
7 ein großes ökologisches und ethisches Problem. Zum einen werden viele Ressourcen, die
8 zur Herstellung der Lebensmittel benötigt werden, verschwendet, zum anderen sind von
9 dem Verbot vor allem Menschen betroffen, die Containern aus Armut oder Protest gegen
10 die sogenannte Wegwerfgesellschaft betreiben.
11 Um dem Problem der Lebensmittelverschwendung vorzubeugen, sollen weggeworfene
12 Lebensmittel nicht mehr als Eigentum in dem Sinne definiert werden, wie es auch ein
13 diesjähriger Vorstoß des Hamburger Justizsenators besagt. Damit einhergehend sind
14 potentielle Regelungen, die es Supermärkten in Zukunft verbieten, genießbare
15 Lebensmittel einfach wegzuworfen, anstatt sie an gemeinnützige Organisationen zu
16 spenden. Anstatt die Menschen zu bestrafen, die weggeworfene Lebensmittel an sich
17 nehmen, sollte versucht werden, darauf hinzuwirken, dass genießbare Lebensmittel gar
18 nicht mehr weggeworfen werden.

U1

AntragsstellerIn:

UB Braunschweig

Weiterleitung an:

S&D- Fraktion im
Europäischen Parlament

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Recht auf Reparaturen

- 1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:
- 2 Die S&D- Fraktion im europäischen Parlament wird dazu aufgefordert, sich für ein
- 3 Recht auf Reparaturen bei elektronischen Geräten (PCs, Laptops, Tablets, Smartphones)
- 4 einzusetzen. Die Hersteller sollen die Geräte so gestalten, dass Reparaturen möglich
- 5 sind. Ersatzteile und Reparaturanleitungen müssen auch für herstellerunabhängige
- 6 Werkstätten verfügbar sein.
- 7 Begründung:
- 8 Elektronische Geräte werden oft schon nach kurzer Nutzungsdauer durch Neugeräte
- 9 ersetzt. Das trifft z.B. besonders auf Smartphones zu. Dadurch werden wertvolle
- 10 Rohstoffe verschwendet und zusätzliche CO2-Emissionen verursacht.
- 11 Hersteller behindern oft bewusst die Reparatur von Geräten (So ist bei neueren
- 12 Smartphones sogar der Austausch von Akkus kaum möglich). Auch wird verhindert,
- 13 dass herstellerunabhängige Werkstätten solche Reparaturen vornehmen.

U2

AntragsstellerIn:

UB Braunschweig

Weiterleitung an:

SPD- Bundestagsfraktion

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Kein Import von Fracking-Gas - Brückentechnologie Erdgas – Priorität für Entwicklung der Wasserstofftechnologie

- 1 Der Bezirksausschuss möge beschließen:
- 2 1. Die SPD –Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Import von Fracking-Gas
- 3 für die Energieversorgung in Deutschland zu verhindern.

- 4 2. Erdgas darf als Brückentechnologie nur so lange wie notwendig eingesetzt und
5 importiert werden, bis ausreichend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.
6 3. Die Entwicklung der „Grünen Wasserstofftechnologie“ muss mit höchster
7 Priorität für Industrie und Schwertransport vorangetrieben und die
8 entsprechende Infrastruktur ausgebaut werden, um neue Arbeitsplätze in
9 zukunftssicheren Industriebereichen zu entwickeln.

10 Begründung:

11 Ziel ist die Erreichung der Klimaneutralität unter Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles bei
12 Aufrechterhaltung unserer industriellen Fertigungskapazität und Schaffung
13 zukunftssicherer Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Gewerbe.

14 1.

- 15 a. Fracking Gas wird unter massivem Energieaufwand aus der Erde gefördert. Für
16 den Transport muss es zur Verflüssigung auf mindestens -160° C
17 heruntergekühlt, auf Schiffe geladen und um die halbe Welt gefahren werden.
18 b. Durch das Einbringen von Chemikalien in den Boden führt Fracking zu
19 erheblichen Umweltschäden. Bei der Förderung entweicht Methan, das sehr viel
20 klimaschädlicher als CO₂ ist und die Atmosphäre sehr viel mehr aufheizt.
21 c. Fracking -Gas ist ca. 20% teurer und weist eine deutlich schlechtere Klimabilanz
22 als herkömmliches Erdgas auf.

23 2.

24 Weil wir aus der Kernenergie und Kohle aussteigen, brauchen wir Erdgas als
25 Brückentechnologie. Es trägt aber als fossiler Energieträger durch CO₂-Emissionen zur
26 Erwärmung der Erde bei. Daher muss diese Technologie ebenfalls möglichst schnell
27 durch CO₂-neutrale Alternativen ersetzt werden.

28 3.

29 Aus heutiger Sicht kann nur eine grüne Wasserstofftechnologie den Energiebedarf für
30 zahlreiche industrielle Prozesse, wie zum Beispiel für die Herstellung von Stahl,
31 Ammoniak oder Chemieprodukten und für den Schwertransport decken. Deshalb muss
32 nicht nur die Forschung vorangetrieben, sondern schon jetzt mit dem Aufbau einer
33 entsprechenden Infrastruktur begonnen werden.

The logo consists of the letters 'U' and '3' in a white, serif font, set against a solid black square background.

AntragsstellerIn:

UB Wolfenbüttel

Weiterleitung an:

SPD-Fraktion des RGB

Landesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) streichen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Der SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel fordert das Niedersächsische Ministerium für
3 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf, das Vorbehaltsgebiet
4 Rohstoffgewinnung für die Ölschiefervorkommen bei Schandelah und Hondelage aus
5 dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) zu streichen.

6 Begründung

7 Die Gebiete mit Ölschiefervorkommen zwischen Schandelah, Hondelage und Flechtorf
8 sind aktuell im Landesraumordnungsprogramm (LROP) und im Regionalen
9 Raumordnungsprogramm (RROP) als "Vorbehaltsgebiet Rohstoffgewinnung"
10 ausgewiesen. Planungen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung,
11 Landwirtschaft und Verbraucherschutz, diese Gebiete als "Vorranggebiete
12 Rohstoffgewinnung" auszuweisen, wurden durch starken Widerstand in der
13 Bevölkerung sowie intensives Engagement von SPD-PolitikerInnen verhindert.
14 Gleichwohl widerspricht der derzeitige Status eines Vorbehaltsgebiets nicht dem Ziel,
15 die Energiewende voranzutreiben und den CO₂-Ausstoß zu verringern. Mit der Abkehr
16 von der Verbrennung fossiler Energie ist der Vorhalt des Ölschiefers als Reserve
17 unnötig. Die durch einen Abbau entstehenden Umweltschäden wären dramatisch und
18 stünden in keinem Verhältnis zum Gewinn. Die Ortschaft Schandelah ist zudem durch
19 den derzeitigen Status erheblich in ihrer weiteren Entwicklung eingeschränkt.
20 Die Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung im LROP für die Ölschieferbestände im
21 Bereich Schandelah widersprechen den umwelt- und energiepolitischen Zielen der SPD
22 und sind daher zu streichen.

The logo consists of the letters 'U' and '4' in a white, sans-serif font, positioned on a solid black rectangular background.

AntragsstellerIn:

UB Wolfenbüttel

Weiterleitung an:

Landtagsfraktion

Bundestagsfraktion

Landesparteitag

Bundesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Keine Standortfestlegung für ein Zwischenlager ohne vorherigen Standortvergleich

1 Um die im Schacht Asse II lagernden atomaren Abfälle nach der Bergung sicher zu
2 verwahren und für die Endlagerung vorzubereiten, ist die Errichtung eines
3 Zwischenlagers notwendig. Im Jahr 2020 wurde bekannt, dass die zuständige
4 Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ohne die Prüfung weiterer Standorte den
5 Bau dieses Zwischenlagers in unmittelbarer Nähe zur Asse-Schachanlage priorisiert.
6 Dies lehnen wir als unmittelbar betroffene AnwohnerInnen entschieden ab.

7 Wir fordern den Parteitag auf:
8 sich für die Prüfung weiterer möglicher Standorte für ein Zwischenlager einzusetzen
9 sich beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
10 einzusetzen, dass die BGE den kompletten Standortauswahlprozess unter maximaler
11 Transparenz und mit der Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung durchzuführen
12 sich auf Kreisebene dafür einzusetzen, dass der dringend benötigte
13 Beteiligungsprozess innerhalb der Asse II-Begleitgruppe fortgesetzt wird

14 Begründung

15 Wir lehnen die Errichtung eines Zwischenlagers für die atomaren Abfälle aus der Asse
16 in direkter Nähe zum Asse-Schacht nicht grundsätzlich ab. Wir fordern von den
17 zuständigen Stellen eine Standortauswahl, die die größtmögliche Sicherheit für
18 Mensch und Natur bei gleichzeitiger Betrachtung der zu verursachenden
19 Umweltschäden zur Aufgabe hat. Dadurch, dass es keine weiteren Standortprüfungen
20 gab, fehlt es jedoch an der Vergleichbarkeit mit dem asse-nahen Standort. Um eine
21 abschließende Entscheidung treffen zu können, ist allerdings der Vergleich mit
22 anderen Standorten unabdingbar.



AntragsstellerIn:

UB Wolfenbüttel

Weiterleitung an:

Bundesparteitag

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf allen Ebenen umsetzen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3 Alle Gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands setzen sich dafür ein,
4 die von der UN 2015 als „Agenda 2030“ beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele auf
5 allen Ebenen umzusetzen. Diese Ziele umfassen ökonomische, ökologische und soziale
6 Aspekte sowie deren Verknüpfungen miteinander.

7 Begründung

8 Die unternehmerische Wertschöpfungskette stellt einen wichtigen Faktor der sozialen
9 Marktwirtschaft in Deutschland und weltweit dar. Die Sozialdemokratie kämpft dafür,
10 dass der wirtschaftlich orientierte Anteil dieser Kette nicht zu Lasten des sozialen
11 Anteils genutzt wird. In den modernen Gesellschaften besteht diese Gefahr
12 zunehmend, da weltweit operierende Firmen und Konzerne nach firmenintern
13 festgelegten Standards operieren oder aber die Standards den lokalen Gegebenheiten
14 ihrer jeweiligen Einzelstandorte anpassen und dabei die Menschenrechtscharta sowie
15 den Klimaschutz nur theoretisch umsetzen.
16 Ein praktisches Beispiel ist der Verbraucherschutz im Sinne dessen, dass bei allen
17 Produkten eine klare Erkennbarkeit von Ursprung, Herstellung und Entsorgung aller
18 Produkte gesichert sein muss, um dem Verbraucher eine fundierte Kaufentscheidung
19 zu ermöglichen. Verbraucherentscheidungen haben wirtschaftlich betrachtet die
20 höchste Einflussnahmemöglichkeit auf Unternehmen und deshalb besteht ein Recht
21 auf umfassende Information.